

Volkstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Samstag abends. — Verantwortlich: Albert Pauli, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfanter & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprecher: Nr. 1111 bis 1114. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag Seite 110. — Preis: Monatlich 2,00 Mark, Viertel 1,50 Mark, Einzelpreis 15 Pfennig, Sonntags 20 Pfennig

Anzeigenpreise: Die 10 Spalten 27 Millimeter breite Nonpareilzeile 20 Pf., auswärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pf., Vereinstalender 30 Pf., die dreispaltige 30 Millimeter breite Zeile 100 Pf., auswärts 160 Pf., Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Platzvorchriften keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto Nr. 123 Magdeburg

Nr. 133.

Magdeburg, Freitag den 11. Juni 1926.

37. Jahrgang.

Hungern für die Fürsten.

Freiwillige Milliardenlast?

Seit vielen Monaten ist ein Drittel der deutschen werktätigen Bevölkerung entweder ohne Arbeit oder in sogenannter Purzarbeit. Der gewaltige Ausfall, der durch diese fehlende Verdienstmöglichkeit und durch die Verflüchtung des Arbeitslohnes bei eingeschränktem Betrieb eintreten mußte, macht sich insbesondere im Kleinhandel, darüber hinaus aber auch in vielen Industrien bemerkbar, die dem Konsum unmittelbar dienen. Die Ausfälle, daß die Krisis von der Nachfrage des Verbrauchers her behoben werden kann, sind sehr gering, solange die Unternehmer an ihrem falschen Dogma festhalten, daß nur

niedrige Löhne und lange Arbeitszeit

die Produktion wieder in Gang bringen können.

Solange wir aber ein großes Heer der Arbeitslosen haben, wird der Aufwand des Reiches und des Staates an sozialer Fürsorge ein großer sein müssen. Dafür ist die viel erörterte Streitfrage ohne jeden Belang, ob die gegenwärtige Arbeitslosigkeit vielleicht nur darauf zurückzuführen ist, daß während des Krieges und später die Zahl der Erwerbstätigen stärker zugenommen hat als in früheren Wirtschaftperioden. Denn die meisten, die damals sich einer Erwerbstätigkeit in der Werkstatt oder im Bureau wandten, haben es durchaus nicht freiwillig getan. Sie wurden — wie die verarmten Rentner und ihre Familienangehörigen — durch bittere Not dazu gezwungen. Die Inflation, die

Bernichtung der Ersparnisse

war es auch, die viele Angehörige des Mittelstandes in die Erwerbstätigkeit trieb. Sie alle suchten und suchen heute nach dem starken Abbau in Industrie und Handel wieder verdienbringende Beschäftigung.

Unter diesen Umständen muß man mindestens damit rechnen, daß der soziale Gehalt des deutschen Volkes auf lange Zeit hinaus mit starken Anforderungen der Hilfsbedürftigen überlastet sein wird. Sich dieser Pflicht zur Hilfeleistung zu entziehen hieße die Wirkungen der Krise auf die Volksgesundheit und auf die Arbeitskraft ungeheuerlich verschärfen, hieße ferner viele Tausende, ja Hunderttausende von Arbeitskräften dem Elend überantworten oder sie außer Landes jagen.

Nun sind es gerade die deutschen Unternehmer, insbesondere ihre Verbände, die dauernd über die starke „Belastung der deutschen Wirtschaft“ mit Steuern und sozialen Abgaben stöhnen und plammende Proteste dagegen loslassen. In den Geschäftsberichten der Unternehmer, in den öffentlichen Rundgebungen der Interessentenverbände kehrt diese Klage immer wieder. Sie richtet sich in ganz besonderer Weise dagegen, daß ein allzu großer Teil der Staatsausgaben von der

Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen

in Anspruch genommen wird. Einmal ist es die Erwerbslosenfürsorge, ein andermal die soziale Betätigung der Gemeinden, wieder einmal sind es Aufwendungen für kulturelle Zwecke der verschiedensten Art, die besonderen Anstoß bei den Herren Unternehmerverbänden erregen.

Es hat man dabei das Gefühl, daß die Leistungen für den Inhalt und für die Abfassung der Protokollrundgebungen gegen die soziale Belastung und damit

gegen die soziale Fürsorge

von einer einzigen Stelle aus einheitlich dirigiert werden. Man braucht nur sündig die maßgebenden Organe der Arbeitgebervereinigungen zu verfolgen, und man wird sehen, daß das tatsächlich der Fall ist.

Die Kreise der Industrie, die diese Propaganda treiben, stehen politisch den Reichsparteien nahe. Die Deutsche Volkspartei, die deutschnationale Partei, der Bürgerblock, ja selbst die völkischen Parteigruppen erkennen sich direkt oder indirekt der wohlwollenden Unterstützung jener Industriekapitäne, die gleichzeitig die Wortführer einer Beschränkung der öffentlichen sozialen Fürsorge sind.

Die Parteien, denen sie aber nahe stehen, sind es, die in der leichtfertigen Weise über einen gewaltigen Posten deutschen Volkvermögens verfügen wollen. Es ist das sogenannte „Eigentum der Fürsten“, dessen gesamter Kapitalwert auf etwa 3 Milliarden Mark veranschlagt wird — eher mehr als weniger!

Das „Eigentum der Fürsten“, das mit der Arbeits- und Steuerkraft des deutschen Volkes erworben wurde, kraft der Hoheitsrechte, die das monarchische System seinen Repräsentanten verschaffte, soll ungeschädigt sein auch dann, wenn die

Fürsten ihren Thron im Stiche lassen

oder selbst wenn sie im Kriege gegen Deutschland gekämpft haben.

Man nehme einmal an, das deutsche Volk habe Geld dazu genug, und es sei so frei von Verpflichtungen an das Ausland, um sich eine derartige Liebesgabe an die Sachwalter des alten Systems leisten zu können. Man würde die ganze Fürstenabfindung dann ruhiger beurteilen. Heute aber liegen die Dinge in Wirklichkeit anders. Gerade die Kundgebungen derselben Industriellen, von denen oben die Rede war, gehen immer wieder von dem Standpunkt aus, daß die deutsche Produktions- und Steuerkraft geschwächt sei, daß man daher sparsam wirtschaften müsse. Freilich nimmt man es mit der Sparsamkeit nicht so genau, wenn die Industrie oder Landwirtschaft Unterstüßungen von Reichs wegen einheimen kann. Aber bereits die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung und noch mehr diejenigen der sozialen Fürsorge werden in einer Weise bekämpft, daß der unbefangene Leser bei der Lektüre dieser Unternehmerkundgebungen glauben muß, die deutsche Wirtschaft stehe wirklich vor dem Zusammenbruch. So hat es insbesondere der Führer der deutschen Schwerindustriellen Presse, Herr Eugen Berg, seinen Lesern und Freunden eingeredet versucht.

Die gleiche Eugenbergpresse aber ist es, die für die dahingekommenen Fürsten, ihre Söhne, Töchter und Mätressen einen sozialen Aufwand im

Kapitalwert von 3 Milliarden Mark

für angemessen erachtet. Es ist ein sozialer Aufwand; denn begründet werden die Ansprüche der Fürsten ja oft genug weniger mit ihren seit dem Kriegsverlust recht fragwürdigen Leistungen für das deutsche Volk, als vielmehr mit einem Anspruch auf die Nutznießung einer Rente, die ohne jede Gegenleistung gewährt werden soll, um den bejammerenswerten entkommenen Häuptern einen handelsgemäßen Unterhalt zu gewährleisten.

Eins aber kann es nur geben: wenn die drei Milliarden überflüssig sind, dann muß vorher der Anspruch der von der Krise betroffenen Arbeiter und Angestellten an die soziale Unterhaltspflicht der Allgemeinheit gewährleistet sein. Die Unternehmer denken gar nicht daran, die dafür erforderlichen Aufwendungen in ausreichender Höhe zu bewilligen. Geht es aber, weil eben die drei Milliarden nicht überflüssig sind, so besteht nicht die geringste Veranlassung, den Fürsten zuzuschanden, was den

hungernden Erwerbslosen entzogen wird.

Das deutsche Volk muß es am 20. Juni ablehnen, eine freiwillige Soziallast von drei Milliarden einzugehen. Das Reich, und viel schärfer noch die Unternehmer, geben vor, nicht einmal für die wirtschaftlich Wehrlosen die notwendige Vorjorge treffen zu können. Da ist es staatsbürgerliche Pflicht, da gebieten es Vernunft und Gerechtigkeitsgefühl, am 20. Juni zum Volksentscheid zu eilen und die Verschleuderung von Volksmilliarden an die habgierigen Fürsten zu verhindern. Das geschieht, indem man mit Ja für das im Volksbegehren von 12 1/2 Millionen geforderte Enteignungsgezet stimmt. —

Die Reichsbahn unterlegen.

Wie erinnerlich, hat der Reichsarbeitsminister in dem zu Jahresbeginn gefällten Schiedsspruch in dem Lohnkonflikt zwischen der Reichsbahngesellschaft und den Eisenbahngewerkschaften die Verbindlichkeitserklärung ausgesprochen. Die Reichsbahngesellschaft, die zunächst, wie auch schon früher, den Bestimmungen der Schlichtungsordnung entsprochen hatte, erklärte plötzlich, daß sie sich der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs nicht fügen wolle. Genau im Geiste der großindustriellen Scharfmacher, die im Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft den bestimmenden Einfluß ausübten, lief die Reichsbahngesellschaft Sturm gegen die „Zwangsschiedssprüche“.

Dadurch entstand die geradezu unmögliche Situation, daß nicht nur das größte Unternehmen Deutschlands und der Welt die Erklärung abgab, daß es über den Gezezen stehe, sondern daß auch die dem Reiche zu eigen gehörende Reichsbahn sich gegen die Reichsgeetze auflehnte.

Die Reichsbahngesellschaft ging weiter. Sie brach einen Kompetenzstreit vom Zaune und erklärte, daß die Reichsregierung ihre Befugnisse überschritten hätte, und zwar dadurch, daß sie sich in die „inneren Angelegenheiten der Reichsbahn“ einmischte. Die Siemens, Klöckner und Konforten, die leider heute immer noch selbstherrlich die Reichsbahngesellschaft verwalten, erklärten damit, daß sie die „Herren im Hause“ — das ihnen nicht gehört — sein wollen, und daß sich zwischen ihnen und die Eisenbahner kein Blatt Papier stellen dürfe. Nach berühmten Mustern verlegte sich der Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft auf das Prozeßieren. Er flagte vor dem Reichsbahnchieds-

Rein Reichsgezet vor dem Volksentscheid!

Ein zweiter Volksentscheid?

Im Reichstag begann am Donnerstag die Beratung des Entwurfs über ein Fürstenabfindungsgezet, das die Regierung einbringt. Regierung und Regierungsparteien verzichten aber von vornherein darauf, auch nur den Versuch zu unternehmen, ein Abfindungsgezet noch vor dem 20. Juni zustande zu bringen. Vier Monate hindurch ist im Reichstag verhandelt und geredet worden. Aber alle Versuche, für die Fürstenabfindung eine vernünftige Grundlage zu schaffen, sind an dem Widerstand der Fürstenparteien gescheitert, die den Hohenzollern noch mehr geben wollten als diese selbst nach dem Entwurf eines Vergleichs mit Freuden forderten!

Regierung und Regierungsparteien geben es auf, vor dem 20. Juni ein Gezet zu machen. Sie geben damit zu, ein Gezet kann in diesem Reichstag nicht zustande kommen, es sei denn ein solches, das die Empörung des Volkes ins Ungemessene steigert und gerade im Hinblick auf ein solches Gezet mehr als 20 Millionen Bürger am 20. Juni mit Ja! stimmen würden. Wenn die Regierungsparteien nicht wagen, vor dem 20. Juni ein Gezet zu verabschieden, weil sie die Wirkungen auf die Wähler befürchten —, wie wird ein Gezet erst aussehen, das nach einem Scheitern des Volksentscheids von diesem Reichstag beschlossen würde!

Darum müssen am 20. Juni die 20 Millionen Ja-Stimmen aufgebracht werden. Dieser Reichstag hat versagt — es bleibt nur der Weg des Volksentscheids!

In Versprechungen werden es Regierung und Regierungsparteien in der letzten Woche nicht fehlen lassen. Versprechungen sind schon im Reichstagsrat gemacht worden, der am Mittwoch sagte:

Der Reichstagsrat des Reichstags beschloß, in der ganzen nächsten Woche die Plenarsitzungen ausfallen zu lassen, um Raum für die Agitation für das Volksentscheidsgezet zu geben. Ferner verabschiedete sich der Reichstagsrat dahin, daß, wenn der Volksentscheid nicht zum Ziele führt, die Regierungsvorlage über die Fürstenabfindung auf jeden Fall noch vor der Sommerpause erledigt wird.

Der Interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien trat zu einer kurzen Sitzung zusammen, in der eine gemeinsame Erklärung der Regierungsparteien für die erste Beratung der Regierungsvorlage über die Fürstenabfindung festgesetzt wurde.

Das deutsche Volk wird am 20. Juni dafür sorgen, daß sich Regierung und Reichstag nicht mehr zu bemühen brauchen.

Für die Stimmung im Zentrum ist bezeichnend, daß in der Fraktion folgende Auffassung vertreten wurde, ohne ein Wort des Widerspruchs zu finden:

Die Zentrumswähler spricht es mit allem Nachdruck aus, daß auch im Fall einer Ablehnung des Volksentscheids diese Angelegenheit noch nicht beendet sein darf und wird. Das Zentrum wird sich vielmehr von keinem Reistreden, die ganze Frage endgültig zur Lösung zu bringen, nicht abbringen lassen, selbst dann nicht, wenn die Volkspartei abtrüben sollte. Sollte es dahin kommen, daß der Volksentscheid nicht die erforderliche Stimmenmehrheit aufbringt, dann wird noch immer die Möglichkeit bestehen, mit einem Reichstag im Reichstag ein Gezet zustande zu bringen, das einem zweiten Volksentscheid unterworfen werden könnte, und das dann schließlich eine genügende Mehrheit finden würde. Keinem ist es schon heute, darauf hinzuwirken, daß das Zentrum unter allen Umständen eine endgültige Lösung der Frage und damit eine Beruhigung unferes Volkes anstreben wird.

Die Zentrumswähler werden darauf nur einen Schluss ziehen können: es genügt ein Volksentscheid, am 20. Juni gehen wir zur Abstimmung und werfen unser Ja! in die Urne; dann haben wir endlich Ruhe vor den Fürsten!

Sunterliche Schuldenwirtschaft.

Den Großagrariern war infolge der Vorteile und Liebesgaben, die ihnen die Regierung Brandenstein in den letzten zwei Jahren zugebracht hatte, der Stamm so geschwollen, daß ihre Unversämtheit im Fordern überhaupt keine Grenzen mehr kannte, so daß selbst die deutsche nationale Regierung schließlich erklären mußte: Bis hierher und nicht weiter!

Der deutsche nationale Finanzminister v. Dergen hatte allerdings keine guten Gründe, weshalb er den Junkern nicht noch mehr in den Rücken warf. Als die Regierung Brandenstein ihr Amt antrat, übernahm sie von dem Kabinett des Sozialdemokraten Stelling bare 6 Millionen als Ueberführung. Die neue Regierung wird als Folge der junkerlichen Mißwirtschaft eine Schuldenlast von rund 10 Millionen vorfinden.

Sinter der Regierung standen bisher 37 Abgeordnete (19 Deutsch-nationale, 13 Bökische und 5 Volksparteiler); die Opposition legte sich zusammen aus 15 Sozialdemokraten, 9 Kommunisten, 2 Demokraten und einem Wirtschaftsparteiler. Nicht weniger als neun Wahllisten bewarben sich jetzt um die Stimmen der Wähler, darunter auch die Hausbesitzer und Mieter mit eignen Listen.

Die Rechte hat in ihrer zweiährigen Herrschaft völlig abgewirtschaftet. Alle Lasten wurden den Armen aufgebürdet. Für die Arbeitslosen bekam die Regierung zwar 1 1/2 Millionen Mark, ausgegeben hat sie nur 91 000 Mark. Kleinrentner, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene hat sie mit der Mietzinssteuer belastet und deren Erträgnis bis zu 85 Prozent für die Staatsausgaben verwandt. Dafür wurden dem Grundgrundbesitz nicht nur die Steuern gesondert, sondern weitgehende Kredite gewährt.

Diese „nationale“ Mißwirtschaft und die Forderungen dazu haben einen völligen Umschwung in Medlenburg hervorgerufen. —

Arbeitsgerichtsgesetz.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags nahm am Mittwoch zunächst die grundsätzliche Abstimmung über den § 1 des Arbeitsgerichtsgesetzes vor und lehnte dabei den Antrag der Rechtsparteien auf Eingliederung der Arbeitsgerichte in die ordentlichen Gerichte ab. Die angenommene und grundlegende Fassung lautet jetzt: „Die Gerichtsbarkeit in Arbeitsfachen liegt den Arbeitsgerichtsbehörden ob.“

In der weiteren Beratung über die sachliche Zuständigkeit der Arbeitsgerichte begründete Abg. Aufhäuser (Soz.) eine Reihe von Verbesserungsanträgen, die die sozialdemokratische Fraktion gestellt hatte und die zum großen Teil auch die Zustimmung der Mehrheit des Ausschusses fanden. So wurde beschlossen, daß die Arbeitsgerichte nicht nur für Rechtsstreitigkeiten aus Tarifverträgen, sondern auch für solche über das Befahren oder Nichtbefahren von Tarifverträgen zuständig sind. Eine solche Bestimmung war notwendig, nachdem die Arbeitgeberverbände allerdings immer mehr dazu übergehen, sich durch Satzungsänderungen selbst tarifunfähig zu machen.

Ebenfalls angenommen wurde der sozialdemokratische Antrag, wonach die Arbeitsgerichte nicht nur für Rechtsstreitigkeiten aus einem Arbeits- oder Lehrverhältnis, sondern auch bei dessen Nachwirkungen (Auskunftsverteilungen usw.) zuständig sind.

Dem Antrag, die Erfinderrechtsstreitigkeiten in die Arbeitsgerichte einzubeziehen, stimmte der Ausschuss ebenfalls bei. Dagegen fand der Antrag auf Einbeziehung der Seeleute bei den bürgerlichen Parteien leider keine Mehrheit.

Der Ausschuss nahm weiter einen sozialdemokratischen Antrag an, wonach Streitigkeiten aus unerlaubten Handlungen, die zwar nicht den Arbeitsvertrag betreffen, aber mit dem Arbeits-

wegung, wird weid und fast in Schmerz und drohend heftig in der Welt. Klöpfer verzicht sich auf den Darstellungsfall, der auch heute noch das naturalistische Drama nicht nur erträglich, sondern sogar erfreulich macht: Der Mensch auf der Bühne, in etwas auch: der entseelte Schauspiel.

Zum Glück war der Regisseur Richard Zeit geschickt genug, das Spiel der Mitwirkenden auf diesen Stil abzustimmen und die Massenmenschen ebenso lebendig zu gestalten, wie der Mittelpunkt der Szenen, eben Klöpfer, lebendig war. Die Versammlung am Kunstisch im ersten Akt war just so bewegt und doch nicht erregt, wie solche Feierabendbesprechungen in der dunklen Kammer zu sein pflegen. Man merkte nicht davon, daß die Spieler auf ihr Stichwort warteten, daß jetzt dieser, jetzt jener reden mußte; es ging alles so ein bisschen durcheinander — und trotzdem bestand man jedes Wort. Auch die große Charakterversammlung im Hause des Kapitäns war so humoristisch aufgelockert und drapirt lebendig, daß man sich gar nicht über die Unbedachtlichkeiten Stockmanns und über die Insanien oder Dummdheiten seiner Gegner ärgerte. Man hatte im Gegenteil sein Vergnügen an diesem menschlich-allgemeinschlichem Treiben, ohne über den jüdischen Wert oder Schaden des Gegenstandes nachzudenken.

So humoristisch aufgelockert waren auch die übrigen Figuren. Der Stadtarzt Willi Neumann, Rordlingen's aufrechter bei aller intrigantem Strenge und amtlichen Würde doch nicht eines leichten Juges verächtlicher Komik. Neumann, Rordlingen war in Maske, Haltung und Sprache angepackt. Margarete Barowska gab die Frau Stockmann als hübsch, ziemlich unglücklich, dann aber blindlings dem geliebten Mann anhängende Vorgesetzte, ohne Verbindungsseife und mit dem nötigen Schuß biederer Töne. Auch Gusto Karne als Petra Stockmann, die von dem schmerzlichen Jenseits des Lebens begehrtete Verzeihen, spielte ihre Rolle mit Sicherheit und Selbstbewußtsein. Das Klöppelstück der Zeichnung wurde dem Heinz Thiele, Max Gerhardt und Florian Kienzl würdevoll überlassen. Der letzte machte aus seinem Klaffen sogar eine würdevolle, aber echte Theaterkritik. Herbert Mühlberg als Kapitän brach sich in keiner Weise auszugeben; er war bieder und unheimlich, wie ein böser Geist; es sein soll. —

Nach dieser prächtigen Aufführung können wir nur wieder sagen: gibt das Theater dem Schauspiel, verzichtet zugunsten der Bühnenwirkung auf das Verlangen nach künstlerischen Fortschritten, und die Spielplanfiguren sind gänzlich bedingt! Wenn ein in der Idee so unerschrocken und formal so verknüpftes Stück wie „Der Volksmund“ durch angemessene Behandlung qualitativ gemacht werden kann, dann findet sich in der Literatur auch noch mehr und Besseres, was das zeitgenössische Theater zu führen vermag.

Das recht gelungene Publikum war mit der neuen Auflegung des „Volksbundes“ durchaus einverstanden. Es spendete begeistertem Beifall, der in erster Linie dem genialen Klöpfer galt, aber wohl auch die anderen Teilnehmer betreffen sollte. Man scheint endlich zu merken, daß man im Bühnen-Theater versteht, Theater zu spielen. —

Verhältnis im Zusammenhang liegen, vor die Arbeitsgerichte gehören. Abg. Aufhäuser (Soz.) wies zur Begründung vor allem darauf hin, daß Vergehen von Unternehmern gegen ihre weiblichen Angestellten auf Grund des bestehenden sozialen Abhängigkeitsverhältnisses von den Arbeitsgerichten unter Mitwirkung weiblicher Laienbeisitzer abgeurteilt werden müssen. Schließlich wurden die Arbeitsgerichte auch für Rechtsstreitigkeiten der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände gegenüber ihren Mitgliedern als zuständig erklärt.

Ein sozialdemokratischer Antrag, auch die Rechtsstreitigkeiten der Beamten aus ihrem Dienstverhältnis vor die Arbeitsgerichte zu bringen, wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. —

Völkerbundsrat.

Die öffentliche Mittwoch-Sitzung des Völkerbundsrats in Genf war dem feierlichen Akt der Aufhebung der Finanzkontrolle über Oesterreich gewidmet. Ansprachen hielten Chamberlain, Paul Doucour, Scialoja, Benesch und Pfitz sowie der sich verabschiedende Kommissar Zimmermann und der österreichische Bundeskanzler Ramek. Sie alle feierten das Werk der Befundung der österreichischen Währung.

Am Nachmittag hielt der Völkerbundsrat eine nichtöffentliche Sitzung ab zur Besprechung der Ratsfrage. Am Donnerstag soll in öffentlicher Sitzung der Bericht der Studienkommission für die Neugestaltung des Völkerbundsrats entgegengenommen und seine Ueberweisung an die Regierung der Mitgliedsstaaten, d. h. an die Völkerbundsversammlung, beschlossen werden. Der Vorsitzende der Kommission soll ermächtigt werden, die Kommission gegebenenfalls zu einer zweiten Tagung einzuberufen.

Sowohl der Vertreter Brasiliens wie der Spaniens haben den Sitzungen beigewohnt, ohne sich allerdings mit einem Wort an den Verhandlungen zu beteiligen. Allgemein wird angenommen, daß die Ratsfrage nunmehr ihre Lösung in der Weise finden wird, daß fünf ständige Ratsitze (mit Deutschland) und neun nichtständige geschaffen werden. —

Außenminister Chamberlain erklärte am Mittwoch Pressevertretern, daß der Vertrag zwischen Großbritannien, der Türkei und dem Irak keine Bestimmungen über den Eintritt der Türkei in den Völkerbund enthalte. Da aber die Türkei wiederholt erklärt hat, daß nach Vereinigung der Mosulfrage ihrem Eintritt in den Völkerbund nichts mehr im Wege steht, neigt man hier zu der Ansicht, daß die Türkei lediglich noch einen äußeren Anlaß für den Eintritt in den Völkerbund abwarten will, es sei denn, daß durch den Abschluß des türkisch-russischen Vertrags, dessen Wortlaut nicht vorliegt, eine Änderung in der Haltung der Türkei erzwungen ist.

Die Frage der Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet wird am Donnerstag nachmittag im Völkerbundsrat zur Verhandlung kommen, doch wird die Entscheidung aller Voraussicht nach auf den September verschoben. —

Französische Schwierigkeiten.

Die über eine bevorstehende Umbildung oder Erweiterung der französischen Regierung seit Dienstag umlaufenden Gerüchte sind am Mittwoch wiederholt dementiert worden. Bereits am Dienstag abend hat der Finanzminister Peret die Möglichkeit einer Demission abgelehnt.

Nach Schluß des Kabinettsrats am Mittwoch haben der Innenminister Durand, der Finanzminister Peret, der Kriegsminister Painlevé und der Ministerpräsident Briand selbst, der am Mittwoch vormittag aus Genf zurückgekehrt ist, die volle Einigkeit sämtlicher Regierungsmitglieder versichert. Wenn also die Vermutungen über eine Umbildung der Regierung vorläufig verfrüht erscheinen, so gehen doch in den Wandelgängen der Kammer die Unterhaltungen über die parlamentarische Rückwirkung der Währungsfrage weiter und charakterisieren die politische Stimmung.

Auch die vom Ministerrat am Mittwoch beschlossene Maßnahme bedeutet keine Veränderung der Lage, sondern die Ausführung der Versprechungen, welche die Regierung in ihrer berathenen, unmittelbar an das Land gerichteten Erklärung gegeben hat. Verschieden wurde die im Interesse der Raponheuer durch die Einrichtung der Raponhefte vorgegebene Kontrolle über die Raponheftierungen, die Billigung des Parlaments vorausgesetzt. Die administrativen Maßnahmen zur Ausübung dieser Kontrolle sollen sofort eingeleitet werden, fernerhin die Aufhebung des Gesetzes über den Kapitalexport auf dem Verordnungswege, wobei der Finanzminister sich den Zeitpunkt für die Inkraftsetzung der Verordnung vorbehält.

Die Zusammenarbeit des Sachverständigenausschusses mit dem Finanzminister soll weitergeführt werden. Das Gleichgewicht des Budgets für 1927 soll durch Einschränkung der Ausgaben in den anderen Ressorts sichergestellt werden, ohne daß die Vouchersteuer (Zuschläge auf die direkten Steuern) nach ihrem Ablauf erneuert oder durch eine andere Steuer ersetzt werden soll. Daraus wird sich eine bedeutende Verminderung der Lasten ergeben, die auf den Wertpapieren ruhen, wobei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen wird, die Zins- und Raponsteuer weiterhin zu ermäßigen. Der Finanzminister ist beauftragt worden, am 16. d. M. in der konstituierenden Versammlung der Amortisationsklasse den Vorschlag zu führen. —

Notizen.

Gegen schwarzweisse Staatssekretäre. Der Ausschuss für den Reichshausbau verhandelte in der Sitzung von Mittwoch die Ernennung des bisherigen Generalkommissars für die besetzten Gebiete Schmid zum Staatssekretär. Reichsdankler Marx, dem das Reichsministerium für die besetzten Gebiete noch unzureichend, wogte den Verhandlungen bei. Reichsdankler Marx bewies sich, die Ernennung als zu Recht erfolgt hinzustellen. Demgegenüber hob Abg. Goldmann (Soz.) hervor, daß mit diesem Antrag eine Willensänderung von vier Regierungsparteien gegen diese Ernennung vorliegt. Die Ernennung erfolgte in einem Augenblick, als Herr Schmid in denkbar schroffer Weise gegen die Sozialdemokratie Stellung genommen hat. Reichsdankler Marx behauptete, daß die Ernennung Schmid's bereits vor seiner angekündigten Rede erfolgt sei. Schmid bestritt Angriffe und Behauptungen der Sozialdemokratie. Marx sagt zu, daß die Gelegenheit ausgenutzt wurde — untersucht werden muß! Die Ernennung wurde abgelehnt. —

Auch Rubes Immunität wird aufgehoben. Im Geschäftsbereich des Reichstags wurde beschlossen, im Plenum die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Rubes zu beantragen, damit die Strafverfolgung gegen ihn wegen Hochverrats eingeleitet werden kann. Der Antrag auf Aufhebung der Immunität war von der Bökischen Arbeitsgemeinschaft selbst gestellt. Der Beschluß kam mit allen gegen die beiden kommunistischen Stimmen zustande. In einem zweiten Falle wegen Verfolgung des Abgeordneten Rubes in einer Verleumdungssache wurde die Aufhebung der Immunität vom Ausschuss verlagert. —

Natürlich! — München läßt mit. Die Studentenschaft der Münchner Universität und Technischen Hochschule stellt sich gegen den Skandal der Bökischen Studentenschaft der Technischen Hochschule in Hannover zu unterstützen. Wie andre rechtsgerichtete Studentenausschüsse an verschiedenen deutschen Universitäten, so will auch der Studentenausschuss der Münchner Universität den Kommilitonen in Hannover ein Sympathiegramm zustellen. Die Münchner Hochschule hat das bereits getan. Außerdem soll in der nächsten Nummer der „Bayerischen Hochschulzeitung“ ein scharfer Artikel des Vorsitzenden der bayerischen Studentenschaft zum Fall Lessing veröffentlicht werden. Schließlich planen die Burschenschafter und der Hochschulrat deutscher Art eine öffentliche Kundgebung. —

Das neue polnische Kabinett. Ministerpräsident Bartel hat in später Nachtstunde die Neubildung des Kabinetts beendet. Im wesentlichen zeigt das neue Kabinett dieselbe Zusammensetzung wie das alte. Nur das Handels- und das Finanzministerium sind neu besetzt worden. Dr. Kwiatkowski, Direktor der Glogower Stahlwerke, wurde das Handelsministerium, und dem früheren Handelsminister im Kabinett Grabski, Klatner, das Finanzministerium übertragen. Jaleski bleibt weiter Leiter des Ministeriums des Innern. Sonstige Veränderungen weist das neue Kabinett nicht auf. Der Staatspräsident hat das Kabinett bestätigt. —

Obstruktion im tschechischen Parlament. Im tschechischen Abgeordnetenhause kam es am Mittwoch bei der Beratung der von den Agrariern und Liberalen geforderten Agrarzölle zu ungeheuren Lärmjahren, da die tschechischen und die tschechischen Sozialisten sowie die Kommunisten zu schärfster Obstruktion entschlossen waren. Die Sozialisten hatten mehrere Änderungsanträge eingebracht, über die der Vorsitzende kurzerhand auf einmal abstimmen ließ. Dadurch wurden die Erregung und der Tumult gleich von Anfang an sehr groß. Der Berichterstatter war nicht imstande, in dem allgemeinen Wirrwarr seine Rede zu halten, sondern mußte sie dem Stenographen diktieren. Um auch das unmöglich zu machen, wurde schließlich die Internationale angejimmelt. —

Kein Verzicht auf Reparationskohl. Die Nachricht, daß Belgien auf den Bezug deutscher Reparationskohl verzichtet, stimmt in dieser Form nicht. Es handelt sich lediglich um eine Änderung des Verteilungssystems der bezogenen Reparationskohl für die belgischen Kohlenverbraucher. Das zu diesem Zweck von der belgischen Regierung geschaffene Verteilungskontor arbeitete mit Verlußt und soll deshalb nach der erforderlichen dreimonatigen Kündigungsfrist, also zum 1. September, seine Tätigkeit einstellen. Nach diesem Zeitpunkt sollen, was übrigens teilweise auch jetzt schon der Fall ist, die großen belgischen Kohlenverbraucher sich direkt an die deutschen Lieferanten wenden. Die so bezogene Kohle wird aber weiterhin auf Reparationsrechnung gestellt. —

Depeschen.

Freigabe bayerischer kommunistischer Abgeordneter. Ab. München, 10. Juni. Der bayerische Landtag stimmte heute dem Beschlusse des Geschäftsausschusses auf Freigabe der Strafvollstreckung gegen die kommunistischen Abgeordneten Schläffer und Gök mit den Stimmen der Koalitionsparteien und des bökischen Blocks zu. —

Freisprechung Lügows. Ab. Berlin, 10. Juni. In dem Prozeß gegen den Freiherrn Dr. v. Lügow wurde heute vormittag das Urteil verkündet. Der Angeklagte ist in den ihm zur Last gelegten 75 Fällen unschuldig und wird freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last. Der Vorsitzende gab dann eine eingehende Begründung des Urteils. —

Eine Ohrscheibe im Völkerbundshaus. Ab. Genf, 10. Juni. Heute vormittag kam es in den Wandelgängen des Völkerbundshauses kurz nach 11 Uhr zu einem unliebsamen Zwischenfall. Ein gewisser Swan de Just, der sich als Generalsekretär der ungarischen Republikanischen Partei bezeichnete, stellte dem ungarischen Ministerpräsidenten Graf Bethlen und gab ihm eine Ohrscheibe. Just, der eine Pressekarte der Pariser Zeitung „Ere Nouvelle“ bei sich trug, verteilte gleichzeitig eine Protesterklärung. Er wurde von Sicherheitsbeamten verhaftet. —

Abd el Krims Abst. Ab. Paris, 10. Juni. Die der „Revue Parisien“ aus Rom meldet, stellt die Stadtbehörde von Salses de Terras dem Kriegsminister das Schloß aus dem 13. Jahrhundert, das am Eingang der Stadt an der Straße nach Narbonne liegt, als Aufenthalt für Abd el Krim zur Verfügung. —

Die russische Unterdrückung. Ab. London, 10. Juni. „Daily Mail“ veröffentlicht in sensationeller Form einen Bericht, in dem es heißt, das Kabinett habe sich gestern mit sehr erstickten Fragen infolge der offenen Unterdrückung der englischen Fernarbeiterverbände durch die Sowjetregierung beschäftigt. Das Ministerium des Innern verfüge über genügend Beweismaterial, um die Unterdrückung aller Sowjetagenten aus England zu rechtfertigen. Der Premierminister sei erst gestern abend spät nach London zurückgekehrt, daher hätten noch keine Beschlüsse über die Erklärung gegeben werden können, die im Parlament abgegeben werden soll.

Der parlamentarische Berichterstatter des „Daily News“ schreibt, die Regierung werde heute im Unterhause eine Anzahl Fragen wegen der russischen Hilfseinstellungen zu den englischen Fernarbeitern zu beantworten haben. Die Lage habe sich so zugezogen, daß man eine amtliche Aktion erwarte. Doch betrübende Bemerkungen zu dieser Frage in der gestrigen Rede würden in dem Sinne aufgefaßt, daß die Regierung nun zu handeln bereit sei. —

Fremdenlegionäre zum Tode strahlt. Ab. London, 10. Juni. „Daily News“ meldet aus Aachen, daß sechs Fremdenlegionäre, nämlich vier Deutsche, ein Engländer und ein Amerikaner, wegen Fahnenraub zum Tode verurteilt worden seien. Sie seien jetzt in Damastus ihrer Oberleitung entzogen. Die Legionäre desertierten infolge der Hitze des Dienstes. —

Stenogramm in Sibirien. Ab. London, 10. Juni. Aus Sapphat wird gemeldet: Bei Sapphat, 2 Meilen von Sapphat entfernt, erzwang sich ein schwarzes Stenogramm. Fünfzehn Zeichen sind bereits aus den Trümmern geborgen worden. 40 bis 50 Menschen wurden getötet. —

Kinderwägel

Modewaren	Gardinen - Betten	Korb- u. Holzwaren	Spielwaren
Kieler Knoten aus Satin u. Seide 58 45 25	Mull f. Kinderbetten u. Gardinen, 125 cm breit, getupft und gestreift 210 1.85	Kinder-Körbchen 85 30 10	Kinderreimer 1.85 1.25 95
Robikragen a. Satin, m. Spitze garn. 110 55	Washbare Vorlage origineller Bilder- ausmusterung 5.90	Nähkasten 2.75 1.05 95	Kindergießkannen 2 25 95
Kinder-Garnituren weiß Slip 110 85	Kinderbett-Matratzen mit feinem Dreilagen-Gras-Füllung 12.00 8.50 7.25	Kinder-Stühlchen Fabrikat Raetzer 2.95 2.50 1.85	Boote 85 15 10 5
Schotten- und gestreiftes Band circa 11 u. 13 cm breit in allen modernen Farben 85	Kinderbett solide Ausführung 21.00	Feldstühle 8.25 2.65 1.85	Selbstfahrer Fabrikat Raetzer 22.50 17.50 13.50
Noiré-Band circa 13 cm breit 95	Kinderbett weiß lackiert 27.50	Liegestühle Fabrikat Raetzer 10.50 8.50 7.00	Hängematten 6.50 7.00 5.00
Verschiedenes	Kinderwäsche und Schürzen	Kinder-Stühle mit Einrichtung 6.95 5.50 2.95	Kinderbekleidungsartikel
Seitenpappen 15	Gestrickte Häuschen 1.10 95 65	Kinder-Sessel gepolstert, Feddigröhre 9.50	Kinder-Schluphosen in allen Farben Paar 70 60 45
Kinderseite 15	Gestrickte Häuschen weiß mit Rante 1.10 95	Kinder-Konfektion	Kinder-Schluphosen mit kurzem Bein, in allen Größen Paar 95
Gummischwämme 10	Erstlings-Garnitur Mädchen mit Hüfte 2.50 für größere Mädchen, mit kurzem Bein 1.25 2.25	Trikot-Sweater für 2-5 Jahre in verschiedenen Farben 95	Schiffertagen weiß oder blau 98
Kinderfaschen 75	Gestrickte Wäsche mit kurzem Bein 1.25 50	Trikot-Hosen für 2 bis 3 Jahre 1.10	Knab-Sportmütze blau, m. Abzeichen 95
Kinder-Portemonnaie 45	Gestrickte Erstlings-Häuschen mit Saugerte über Ständer 5 65	Spielanzüge aus gutem Sepphirleinen 1.45	Struwelpeter 95
Kinder-Büchlein 95	Erstlings-Häuschen in Form eines Stiefels 5 85	Trikot-Anknoepf-Anzüge für 2-4 Jahre reine Wolle, extra gute Qualität, für 2-4 Jahre 2.65	Puppen-Bilderbücher m. bewegl. Aug 50
Kinder-Batschehen 50	Mädchen-Büchlein Gr. 31 jede weitere Größe 10% mehr 1.15	Sport-Westen in hell und dunkel ge- 4.95	
Armbänder 20	Prinzenbüchlein jede weitere Größe 10% mehr 1.95	Wäsche-Anzüge für 2-4 Jahre 4.95	
Tafel-Schokolade 15	Kinder-Laken gestreift 1.10 75	Wasserschwester 68	
Karamell-Saugen 5	Kinder-Schürzen gestreift, mit Tasche Größe 30 bis 35 48	Strohhaube 95	
Knäcker 18			
1 Tüte Bonbons 10			

Einige Beispiele aus unseren beliebten Wochenschluß-Angeboten!

Damen-Strümpfe	Berufskleidung	Haushaltwaren	Gardinen
Sammet 35	Arbeitskleidung 1.75	Kerker 12	Schleiergardinen gute dauerhafte Qual. 90
Fein Sammet 85	Wand-Kleider od. -Hosen 3.50	Essenstisch 95	Reiter 1 75 1 25
Woll-Kausing 1.25	Wand-Kleider od. -Hosen 4.95	Porzellan-Kasse mit Unterklasse 15	Malsternes Glas, mit Glas 1.25 2.95 1.55
Schleier 1.65	Arbeitskleidung 4.75	Einzelgeschloß 5.50	Matras-Garnituren in viel mod. Form, 12.50 9.75 6.25
Wand-Kleider 1.75	Wand-Kleider 5.50	Essenstisch 13.50	Gabelstoffe in halt. Kausing, 2.95
Reiter 1.95	Wand-Kleider 5.50	Essenstisch 10.50	Reiter 6.50 4.25
Reiter-Schürzen 2.95		Essenstisch 17.50 12.50	Möbeltrips 130 cm breit 1.65
Reiter-Strümpfe 4.95		Essenstisch 17.50 12.50	Birwandecken in Gabelingewebe, 8.75

Die Kinder
kommen zu uns
in Massen,
auf daß
in. Nicht ist
ungelassen
Zus. Wohl
sich haben
Kaufplan
wird
aufgeben.

Knäuelstoff 90	Kinderschotten 85	Dirndlstoffe 70
Kinder-Taschentücher 7	Kinder-Säckchen 55 60 65 70 75 80 85 90 95 1.00	Kinder-Sportkleiden 1.25

Donnerstag

Überprüfen
Möbeln
billig
nicht
lassen
zu sein
auf
Kauf
Plan
in
Tage.
Jeder
soll
sich
haben,
dann
kann
es
sein
Kauf
Plan
haben.

Schlichter empfiehlt die Sparkasse

Magdeburger Stadtbank

Banking der Schlichter Sparkasse zu Magdeburg.

Wir bitten die Benutzung der 17. Juni d. J. an Original-
bedingungen Zeitungen entgegen auf:

7% nichthandelbare Verzinsung
der Deutschen Reichsbank-Gesellschaft

In Italien-Zeitungen der Reichsbank

nach vom Reich garantierte 7% Verzinsung zum
Kurs von 95% Prozent.

MAGDEBURGER STADTBANK.

Antiklämer-Anstalt

Das Antiklämer-Anstalt ist ein...
Tel. 1001

Stamm so billig?

Das ist alles, was
zum Schlafen
reicht. In der Antiklämer-Anstalt
haben wir die besten...
Zurück zu den...
50.00

Wanderer

Karte

in der
Verhandlung
Vollmacht

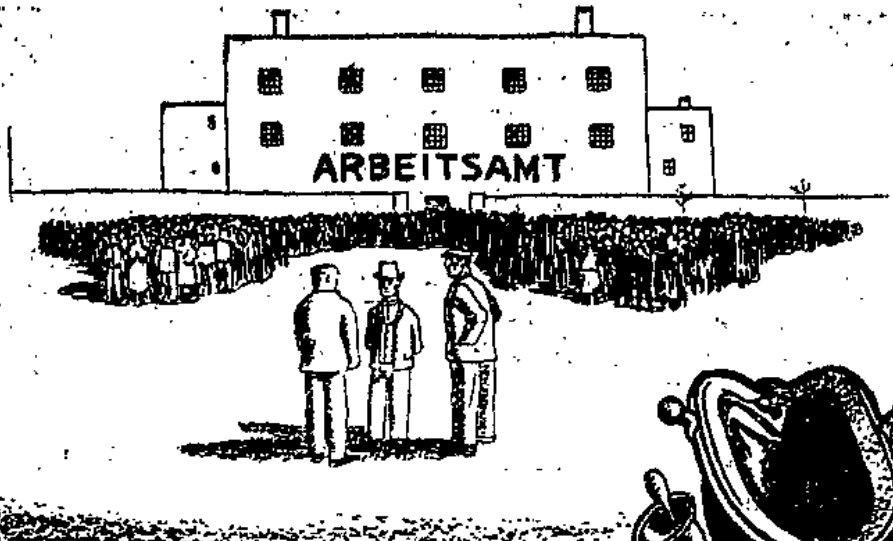
Fabrikplan

des Personalverkehrs

Herrn Johannes Plabe in Magdeburg
Gartenstraße 26 - Telefon 6297

Die besten...
Herrn Johannes Plabe in Magdeburg
Gartenstraße 26 - Telefon 6297

Volksentscheid



Fürstenabfindungen von einst.

Zu diesem aktuellen Thema hat kürzlich der Berliner Kammergerichtsrat Dr. E. Sonntag eine Studie veröffentlicht, die diese ganze juristisch so überaus schwer fassbare Frage auf den Boden stellt, auf den sie ihrer Natur nach gehört; auf den der historischen Analogie. Im Hand des übrigens sehr reichhaltigen literarischen Materials gibt Sonntag eine Darstellung der ethischen und juristischen Beurteilung des in Frage stehenden Komplexes in früheren Zeiten und schildert, wie sich in den letzten 100 Jahren Völker ihren entthronten Fürsten gegenüber verhalten haben.

Es braucht nicht besonders betont zu werden — die gegenwärtigen Vorgänge sind ja wieder der schlagendste Beweis dafür —, daß der ordentliche Rechtsweg bei der Lösung dieses Problems nahezu unzulänglich ist, daß sich als die nahezu unlösbare Verquickung historischer Entwicklungen mit privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Fragen darstellt.

Die allgemeine Auffassung sowohl der Völker wie der Rechtswissenschaften der vergangenen Jahrhunderte war die, daß die Fürsten angeht ihres übertragenden Einflusses und ihrer hohen Verantwortlichkeit bei Verfassungsentwicklungen, die sich gegen sie richteten, im vollen Umfang verantwortlich gemacht wurden und also auch der Erwerbungen verlustig gingen, zu denen ein schlecht verwaltetes Amt ihnen Gelegenheit gegeben hatte.

1798 faßte die französische Nationalversammlung den Beschluß, alle Einkünfte derjenigen Fürsten, die sich — zumeist aus guten Gründen — im Ausland aufhielten, zu sequestrieren. Die Mitglieder der Familie Napoleon haben nie ihre Abfindungen erhalten, verloren vielmehr auch ihr Privateigentum, das beschlagnahmt und sequestriert wurde. Die Hinterlassenschaft an Privatdomänen, über die Napoleon I. in seinem Testament noch verfügen zu können glaubte, wurde von der Restauration mit Beschlag belegt. Als 1830 die Franzosen Karl X. vertrieben, bewilligten sie ihm zunächst keine Abfindung. Karl erbat infolgedessen von Louis Philippe 600 000 Frank, die dieser denn auch — allerdings nur zu Lasten der Staatskasse — auszusahlen versprach. Im Laufe der Auseinandersetzungen erklärte Karl X. dann aber unabweisend: Ich will vor allem weder Frankreich noch einem andern Lande zur Last fallen!

Besondere Beachtung verdient die Auseinandersetzung Louis Philipps und des Hauses Orleans mit der französi-

schen Republik. Hier erhält die Verfügung des Präsidenten der französischen Republik vom Jahre 1852 besonders aktuelle Bedeutung, in der es hieß: „Wichtige politische Erwägungen lassen es gegenwärtig besonders notwendig erscheinen, den Einfluß zu vermindern, den ein Landbesitz im Werte von über 300 Millionen Frank der Familie Orleans gibt.“ Der Präsident gab in der angezogenen Verfügung seiner Absicht Ausdruck, daß er zwar nicht die persönlichen Eigentumsrechte der Prinzen des Hauses Orleans antasten wolle, doch würde er das auf ihn gesetzte Vertrauen des Volkes schwer enttäuschen, wenn er zulassen wolle, daß Güter, die dem

„Ja!“ am 20. Juni!

Aus zahlreichen Zuschriften ist zu entnehmen, daß noch immer Zweifel darüber bestehen, wie am 20. Juni abgestimmt werden muß. Viele meinen, daß sie mit „Nein“ stimmen müßten, als wenn die Abstimmungsfrage lautete: „Sollen die Fürsten die Milliarden behalten?“



Die Frage lautet aber umgekehrt: „Soll der Gesetzentwurf angenommen werden, der die entschädigungslose Enteignung der Fürsten fordert?“ Und auf diese Frage gibt es nur ein Ja! Die Abstimmung erfolgt, indem auf dem Stimmzettel der Ja-Kreis mit einem Kreuz versehen wird!

Geht diese Aufklärung an alle weiter, dann: nicht durch falsche Vorstellungen Stimmen verlorengehen!

Volke gehören, der Staatsdomäne entzogen bleiben würden.

Daß Napoleon III. nach seiner Absetzung von seiner Nation eine Abfindung weder erhielt noch forderte, ist wohl auf seine unzweifelhaft schwere Mitschuld am Kriege von 1870/71 und auf das Bewußtsein dieser Schuld zurückzuführen.

Einen bemerkenswerten Standpunkt nahm der 1889 gestürzte und seines Landes verwiesene brasilianische Kaiser Dom Pedro II. der Abfindungsfrage gegenüber ein. Die Inhaber der diktatorischen Gewalt boten dem Kaiser eine einmalige Abfindung von 1½ Millionen englischen Pfund an. Dom Pedro lehnte jedoch die Annahme jeglicher Abfindung oder Entschädigung mit der Begründung ab, von einem Volke, das ihn nach 58jähriger Regierung verjagt und samt seiner Familie des Landes verweise, könne er nichts annehmen. Dabei war Dom Pedro selbst nahezu mittellos, besaß weder in Brasilien noch in Europa Liegenschaften und nur ein kleines bewegliches Kapital, das denn auch unangefastet blieb.

Als letzte Vorkriegsanalogie ist noch das Schicksal der Dynastie Braganza in Betracht zu ziehen. Als im Oktober 1910 König Manuel gestürzt wurde, verfügte die Revolutionsregierung eine Abfindung der Ansprüche der Dynastie durch eine jährliche Rente von 800 000 Goldfrank, worauf übrigens noch ein erheblicher Teil zur Deckung der königlichen Schulden zurückbehalten werden mußte.

Der Raub in Schlefien.

20 650 Hektar Land mit 17 Schlössern und Herrenhäusern sollen allein in Oberschlesien bei einem negativen Ausgang des Volksentscheides den deutschen Fürstentümern verbleiben. Drei Fürstentümern teilen sich in diesen Besitz: die Hohenzollern, der ehemalige König von Sachsen und Herzog Albrecht von Württemberg.

Das „Eigentum“ der Hohenzollern umfaßt die Herrschaft Rammkau, die Rittergüter Bischdorf, Borek, Bokanowitz, Alt- und Neu-Rammkau, Kostellit, Strenelitz und 6 Schlösser mit einer großen Zahl von „Vorwerken“ und Oberförstereien.

Das „Eigentum“ Augusts von Sachsen liegt im Kreise Lublinitz, umfaßt 7250 Hektar Land und besteht aus der Herrschaft Guttentag, den Rittergütern Ellguth, Glowitzsch,

Verjagtes Volk.

Eine Thüringer Waldtragödie, erzählt von Herrn Anders Krüger. Copyright by Georg Weßermann, Braunschweig.

(10. Fortsetzung.) (Schlußwort vorbehalten.)

Der schwarze Jangengehem wünschte wie ein Raubvogel plötzlich und überraschend auf sein Opfer herabzusinken, aber Katterfeld ließ sich nicht überrumpeln; er war ein ebenso gewandter und flinker Jäger, der nach und nach sogar das Ubergewicht bekam.

„Sie sind“, begann Jangengehem leise und flüchtig sprechend, der ehemalige Schultheiß des geräumigen Dorfes Lütche? Gegen Ihre Amtsführung lagen jederzeit Beschwerden vor. Sie wurden damals nicht wiedergemacht, später in Ordnungstrafen genommen, wegen unehrlicher Verfeinerung zur Rechtschaffenheit gezogen und haben nun in Grafschaft — wozu?“

„Dem Arztherrmannlein“, erwiderte Katterfeld lakonisch. „Bringt das so viel ein, daß Sie davon leben können?“

„Dank, ja, ich lebe beiseitend.“

„Was sein, Katterfeld, aber Sie werden jetzt beschuldigt, sich an Wilddiebereien beteiligt zu haben.“

„So? Beschuldigt vom Wapman Gräbel aus Nacho da, daß ich ihn ehemals wegzog mit dem ehemaligen Kreier Graf dabei erwischte und überführt habe.“

„Das ist mir ganz neu. Wann war das?“

„Angesichts vor zehn Jahren, beim Oberförster Hüger, es war ja in dem Alter zu finden sein, denn Graf wurde damals als Kreier entlassen, Gräbel lag sich heraus.“

„Wissen Sie, daß Graf und Hüger umgekommen sind?“

„Gewiß, Herr Oberförster.“

„Wissen Sie vielleicht auch Näheres über diese zwei seltsamen Todesfälle?“

„Nicht das geringste.“

„Wissen Sie“ (Jangengehem betonte plötzlich jedes Wort scheidend scharf), „ich frage Sie jetzt vor Jangem auf Ehre und Gewissen, Katterfeld, wissen Sie, was die Kreier vom Kreier?“

„O ja, entweder eine Raubhunde oder ein Immen-“

Sie mir hier unterstellen, ich machte faule Wege. Sie fragen mich um meine Meinung, und ich antworte Ihnen darauf, wie ich es für richtig halte. Sie sind weder schon mein Richter noch mein Vorgesetzter mehr. Ich bin ein von einem genugsam bekannten Angeber falsch beschuldigter und völlig unbefehlener Privatmann, aber kein Angeklagter. Wollen Sie mit mir vor's Gericht gehen, bitte, ich werde auch dort gern Rede und Antwort stehen, oder ich werde auch dort nur reden, was ich verantworten kann und nicht anders. Und nun bitte, wenn Sie noch etwas zu wissen wünschen, berücken Sie sich gütigst. Ich bin ein in Ehren grau gewordener Mann, der zwei selbige mitgemacht hat, der übrigens damals einen Jahres Gefängnis, was Sie nicht zu wissen scheinen, vom Heinde befreit hat. Es war Ihr Unheil — also ich meine, ein noch jüngerer Jangengehem hätte sich nichts vergeben, wenn er einem alten Katterfeld nach preiswürdigem Warten wenigstens einen Stuhl angeboten hätte.“

Der Jangengehem bekam abermals einen roten Kopf, diesmal vor Verlegenheit, nicht mehr vor Jörn.

Er erhob sich zwei Handspannen hoch vor Katterfeld, verzerrte sich um ein wenig mit den letzten Worten:

„Ich bedauere das lebhaft, Herr Katterfeld! Natürlich hätte man ihnen einen Stuhl anbieten sollen, und verzeihen Sie das mit dem Warten — ich war sehr beschäftigt, die Herren werden das gern bezagen.“

Er winkte, und riefte ruhig einer der Journaire einen Stuhl herbei, auf dem Katterfeld nach nochmaliger verbindlicher Aufkündigung gemessen Platz nahm.

Dann fuhr der Landesförstereiter freundlich fort: „Ich gebe zu, Herr Katterfeld, daß mir Ihre leibhaftig Jörn leider schon etwas reichlich in Anspruch genommen haben, aber ich hoffe, Sie werden uns wenigstens die Handfragen, die ich im Namen und Auftrag des Herzogs wie der Regierung, die mich in besonderer Mission zur Untersuchung der bedenklichen Vorkommnisse herbeigeführt hat, an Sie stellen mögen, beantworten — natürlich so, wie Sie das verantworten können. Etwas anderes habe ich auch nicht angenommen, nur verzeihen Sie — ich kann mich ja irren — aber der Ton klang vorher wirklich ein wenig spöttisch. Doch wir wollen das begraben sein lassen, ich höre ja mit Freude, daß Ihnen jeder Spott fernlag. Nun zu den weiteren Fragen. Also — ja — kennen Sie den angeklagten Oberförstereiter Edward Stein näher?“

„Jawohl, er war vor sechzig Jahren vorübergehend mein Schulmeister in Oberberg, stammt von der Lütche, ist am 8. oder 10. September 1799 daselbst geboren, zog mit mir ins Feld, wurde dann Wappenschleifer in der Schleifmühle, später erwarb er sich eine Scherenscheiberei und geht seitdem von Ort zu Ort. Wo er jetzt weilt, ist mir unbekannt.“

„Wissen Sie, Herr Katterfeld, ob dieser sogenannte Schleifer-“

Ede, der ein übles Subjekt sein soll, heimlich an Wilddiebereien teilnimmt oder gar eine führende Rolle dabei spielt?“

„Ich weiß nicht mehr, als was die Leute so munkeln. Herr Oberförstereiter, erwische ich den Stein jedenfalls nicht, wie zweimal den Graf und einmal den Gräbel.“

„Haben Sie nicht etwas von der nächtlichen Treibjagd im Februar gehört?“

„Gewiß, sehr viel, aber etwas Neues oder auch nur Gewisses werde ich Ihnen, Herr Oberförstereiter, schwerlich darüber sagen können, da ich an jenem Abend bei dem mir befreundeten Pfarrer Hentemann geweilt, dann noch ein wenig durch mein kleines Fernrohr den Mond betrachtet habe — es war an dem Abend eine reizvolle Mondfinsternis — und dann bin ich zu Bett gegangen.“

Die beiden Förster haben sich und ihren hohen Vorgesetzten reichlich verblüfft an bei den auffallend geruhigen Worten Katterfelds.

Jangengehem ließ die Zähne ärgerlich zusammen, als seien ihm die Hauptteile seines Verdachts dahingeflossen.

Er schwieg eine kurze Weile, dann begann er vorsichtig von neuem zu fragen:

„Bitte, verzeihen Sie mich nicht falsch, Herr Katterfeld, aber Sie waren ja selbst als früherer Amtsperson in ähnlicher Lage und wissen also zur Genüge, daß man seiner Pflicht zu folgen hat, auch wenn sie mir in diesem Falle nicht ganz leicht fällt. Also bitte, beantworten Sie mir noch die weitere Frage, die ich an Sie zu stellen habe: Ist es richtig, daß Sie am Morgen darauf in Oberberg gewesen sind?“

„Jawohl, Herr Oberförstereiter, ich habe dort einen Oberwäpener erstanden und bin dann weiter nach Suhl gewandert, wo ich beim Apotheker Orlepp, den Sie vielleicht kennen, zehn Pfund Arsenik und ein Pfund Taupfengeldentant verkauft habe.“

„Es wird aber behauptet, Sie hätten irgendwo Ihre Kleidung gewaschen und ein Gewehr verpackt.“

„Dann liegt der Lump von Behauptung, vielleicht haben Herr Gnaden die Güte, den Gräbel auch hinzuschicken und die Weiber nicht Gewehr aus dem Versteck holen zu lassen.“

„Darüber werden wir zu befinden haben, Herr Katterfeld. Vorher beantworten Sie mir noch einige Fragen aus Ihrer Vergangenheit. Es wird auch behauptet, Sie seien in Jörn Jangem einmal längere Zeit Mitglied einer geheimen Verbindung gewesen, die allerlei dunkeln Zwecken gedient haben soll, und zwar mit ihrem Jugendfreunde Stein? Stimmt das?“

„Herr Katterfeld, ich habe mich vor langen Jahren an verschiedenen Gelegenheiten, auch in Jörn, beteiligt. Ich bin gerade sehr dankbar

Ungefesteltenrechte im Knappschaftsgesetz.

Die Reichstags-Sitzung wird um 8 1/2 Uhr eröffnet. Die Beratung der Novelle zum Reichs-Knappschaftsgesetz wird fortgesetzt. Die Artikel 1 und 2 werden nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen.

Abg. Gaedekamp (Dt.-natl.) beantragt freie Arztwahl in den Krankentassen.

Abg. Aufhäuser (Soz.)

weist gegenüber dem Vorredner darauf hin, daß die freie Arztwahl sich bei den Krankentassen durchaus nicht bewährt habe. Im Reichstag habe man kürzlich verlangt, daß die Leistungsfähigkeit der Krankentassen nachgeprüft wird. Nun sollen durch die Zulassung von Ersatzkräften bei der Knappschaftsversicherung die Knappschaftskassen wiederum geschädigt werden. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte, um eine Schädigung insbesondere der kaufmännischen Angestellten abzuwehren, folgendes:

Nach der Reichsversicherungsordnung richtet sich, ob und für welche Arbeitnehmer die Beschäftigung in einem Knappschaftsbetrieb die Versicherungspflicht oder die Versicherungsberichtigung beim Reichs-Knappschaftsverein begründet. Jedoch ist für Angestellte die Jahresarbeitsverdienstgrenze (§ 165 der Reichsversicherungsordnung) gleich derjenigen in der Rentenversicherung für Angestellte. Angestellte, deren Jahresgesamteinkommen die Pflichtversicherungsgrenze überschreitet, können die Versicherung nach einer Beschäftigungsdauer von 12 Monaten innerhalb eines Knappschaftsbetriebs freiwillig fortsetzen oder ihr Beitreten. Unständige Arbeitnehmer (§ 441 der Reichsversicherungsordnung) werden nicht versichert.

Der Redner wendet sich dann gegen den Versuch, die Versicherungsgrenze für Angestellte auf 2700 Mark festzusetzen: Auch den Angestellten mit einem Einkommen bis zu 6000 Mark muß die Möglichkeit der Versicherung gegeben werden, denn aus eignen Mitteln können sie sich nicht gegen alle Beschäftigungsfälle des Lebens schützen. Auf der einen Seite versprechen sie (zu den bürgerlichen Parteien) den Angestellten alles mögliche, hier aber wollen sie ihre Rechte beschneiden. Sie geben ihnen

die gleiche Vertretungsmöglichkeit

wie den großen Massen der Arbeiter, aber wo es sich um die Erfüllung ihrer Forderungen handelt, da merkt man nichts von ihrem Wohlwollen.

Wir raten den Angestellten, sich von den Arbeitern nicht trennen zu lassen, denn durch das Vertretungsrecht will man nur einige den Unternehmern willfährige Elemente bevorzugen. Den Angestellten ist nur zu helfen, wenn sie gemeinsam mit den Arbeitern sich gegen jede Ausbeutung gegenüber den Arbeitern wenden. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Kolbenhauer (Dt. Sp.) lehnt den Antrag Gaedekamp ab, weil es bei diesem Gesetz nicht wünschenswert sei, diese außerordentlich schwierige Frage zu lösen.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Gerig (Ztr.) und des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns, der einige unrichtige Bemerkungen des Abg. Leopold (Dt.-natl.) vom Tage vorher zurückweist, werden die Artikel 2 bis 4 nach den Beschlüssen des Ausschusses mit einigen Änderungen angenommen. Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Bei Kapitel 5, der die Rentenversicherung betrifft, befragt Abg. Lambach (Dt.-natl.) die Lage der kaufmännischen Angestellten im Bergbau. Die Deutschnationalen begrüßen die Trennung in Angestellten- und Arbeiter-Abteilungen. Den Angestellten müsse Gelegenheit gegeben werden, die Angelegenheiten ihres Standes selbst zu verwalten.

Abg. Becker (Herborn, Soz.)

bezeichnet den vorliegenden Abschnitt als das Kernstück der ganzen Knappschaftsversicherung: Die Unternehmer haben die Familienversicherung nur deshalb nicht gewährt wollen, weil sie glauben, dadurch auch die Rentenversicherung abbauen zu können. Die Ausschlußbeschlüsse befriedigten uns vor allem deshalb nicht, weil ein wichtiger Satz des alten Gesetzes nicht wieder aufgenommen worden ist, nämlich die Begriffsbestimmung der bergmännischen Arbeiter. Wenn diese nicht in das neue Gesetz hineinkommt, dann besteht die Gefahr, daß die bisherige Rechtsprechung nicht mehr beibehalten werden kann. In den Ausschlußberatungen ist gesagt worden, daß auch unter den Arbeitern eine Gegenpartei gegen die Knappschaftsversicherung hervorgerufen werden sei. Das ist nur dadurch zu erklären, weil die Altersrenten nur auf diejenigen beschränkt war, die mit bergmännischen Arbeiten beschäftigt waren.

In der ersten Lesung war es uns gelungen, diese Beschränkung zu beseitigen, aber in der zweiten Lesung hat man die Gleichstellung aller im Bergbau beschäftigten Arbeiter herabgesetzt und

sie in zwei Klassen eingeteilt.

Einer großen Anzahl von Hebertagsarbeitern wird die Erlangung der Altersrenten außerordentlich schwer gemacht. Die Deutschnationalen haben jetzt einen Antrag eingebracht, der auch den Erzbergbau in die Altersversicherung einbeziehen will, das ist offenbar aber nur deshalb geschehen, weil der eine der Antragsteller in einem Erzbergbaubezirk gewählt worden ist.

Nach der Statistik ist die Sterblichkeit unter den Bergarbeitern viel größer als bei der übrigen Bevölkerung. Angesichts dieses Verhältnisses wollen jetzt die Deutschnationalen durch einen Antrag die Vererbung der Pension der Witwen

auf 55 Jahre hinausschieben.

(Hört, hört! b. d. Soz.) Der Redner begründet dann einen sozialdemokratischen Antrag, wonach der Steigerungsbetrag für die ersten 5 Jahre auf 1,5 v. H. für die übrigen Vertragsjahre auf 0,5 v. H. festgesetzt wird. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Schwan (Komm.) erklärt, daß die Bergarbeiter von diesem Gesetzentwurf in keiner Weise berührt werden können.

Abg. Kolbenhauer (Dt. Sp.): Der Bergbau ringt schwer um seine Existenz. Jede Herabsetzung der Pensionzahlung würde sich auf die Lebenshaltung der Arbeiterkassen auswirken.

Abg. Aufhäuser (Soz.):

Wir haben uns mit der Aufhebung der Doppelversicherung der Angestellten einverstanden erklärt, weil wir es für unerträglich halten, daß sie mit einer doppelten Beitragsleistung belastet werden. Das hätte aber zur Folge haben müssen, daß eine einheitliche Steigerung der Leistungssätze gemindert würde. Das ist nicht geschehen. Die verschiedenen Projektionen in der Berechnung der Invalidenrenten wirken sich für die Angestellten im Bergbau außerordentlich schädlich aus.

Es ist dahingestellt, ob die Knappschaftsversicherung den Angestellten mehr gewährt als die Invalidenversicherung. Das Gegenteil ist richtig. So wird in dem ersten 5 Jahren, also bei einer besonders früh eintretenden Invalidität nur der Invalidenrentenbetrag gemindert, während gerade in diesen Jahren die Pension höher ist. Durch die Beschlässe des Ausschusses sollen die übrigen Angestellten dafür bestraft werden, daß sie die längere Dienstzeit hinter sich haben. Auch hier besteht ein Widerspruch zwischen der gesteigerten Beitragszahlung und der Leistung der Knappschaftsversicherung, die man sonst bei keiner Versicherung kennt.

Tatsächlich leistet die Angestelltenversicherung heute mehr als die Knappschaftsversicherung für die Angestellten im Bergbau. In einer Eingabe des Verbandes der kaufmännischen Grubenbeamten wird besonders eindringlich auf das Unrecht hingewiesen, das an diesen Angestellten begangen werden soll. Wir müssen uns mit dieser Frage noch eingehend befassen, bevor das Gesetz zur Verabschiedung kommt. Aus diesem Grunde hat die sozialdemokratische Fraktion einen entsprechenden Antrag gestellt. Wir verlangen darin eine einheitliche

Festlegung der Steigerungssätze

der Invalidenpension auch für die Angestellten. Von entscheidender Bedeutung ist für uns die Festlegung der Altersgrenze bei der Rentenversicherung. In der ersten Lesung ist beschlossen worden, die Angestellten mit den Arbeitern gleichzustellen und das 50. Lebensjahr als Grenze auch für die Angestellten zu bezeichnen. In der zweiten Lesung wurde diese Bestimmung wesentlich verschlechtert. Es wurde eine 30jährige Dienstzeit als Mindestgrenze eingeführt. Die kaufmännischen Angestellten wurden dabei völlig ausgeschlossen, von jeder obligatorischen Regelung ausgeschlossen.

Dem Abgeordneten Lambach würde ich empfehlen, seine heutige Rede im Ruhrgebiet vor den kaufmännischen Angestellten zu wiederholen, er würde dann dort wohl einiges zu hören bekommen. Wir verlangen, daß für die technischen und kaufmännischen Angestellten Vorschriften geschaffen werden, die ihnen dieselben Bezüge sichern wie den anderen Versicherten. Diese Frage ist für uns von entscheidender Bedeutung. Wir werden danach unsere Stellungnahme einrichten. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Breh (Soz.) begründet einen sozialdemokratischen Antrag aus der Invalidenversicherung, der die Rechte für die nicht ständig im Bergbau beschäftigten Arbeiter sichern will. Dieser Antrag hat bereits dem Ausschuss vorgelegen, er wurde dort deshalb nicht verabschiedet, weil er schwer durchzuführen war. Nunmehr hat er eine Fassung erhalten, die die im Ausschuss von den Regierungsparteien und der Regierung geäußerten Bedenken ausräumt.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Rumm wird die Aussprache über dieses Kapitel geschlossen.

Die Abstimmung über folgenden sozialdemokratischen Antrag ist namentlich:

Soweit Versicherte keine oder weniger als 180 Monate wesentliche bergmännische Arbeiten nachweisen können, erhöht sich die Altersgrenze auf das 60. Lebensjahr; jedoch können die Sondervorschriften diese Altersgrenze bis auf das 55. Lebensjahr herabsetzen.

Der Antrag wird mit 144 gegen 225 Stimmen abgelehnt.

Abg. Rumm (Dt.-natl.) hat einen Antrag gestellt, auch den Erzbergbau der Rentenversicherung zu unterstellen. Um festzuhalten, wie die Deutschnationalen sich zu diesem Antrag stellen, wurde auf sozialdemokratischen Antrag namentliche Abstimmung beschlossen. Der Antrag wird mit 154 gegen 216 Stimmen abgelehnt, auch die Deutschnationalen haben mit Ausnahme des Abg. Rumm, der in einem Erzbergbau gewählt ist, dagegen gestimmt. Der Antrag Rumm ist also als ein Wahlmandat entlarvt worden.

Parteigenossen!

Verbiten verdrossen für euer Blatt!

Nach folgenden sozialdemokratischen Antrag, der das Ruhegeld der Angestellten bei Berufsunfähigkeit betrifft, wird wiederum namentlich abgestimmt:

Soweit Versicherte keine oder weniger als 180 Monate wesentliche bergmännische Arbeiten nachweisen können, erhöht sich die Altersgrenze auf das 60. Lebensjahr; jedoch können die Sondervorschriften diese Altersgrenze bis auf das 55. Lebensjahr herabsetzen.

Die Bestimmung kann auf Gruppen von Versicherten beschränkt werden.

Der Antrag wird mit 141 gegen 232 Stimmen abgelehnt.

Angenommen wird der sozialdemokratische Antrag auf Anrechnung der Leistungen der Invalidenversicherung auf die Steigerungssätze für die Wanderarbeiter.

Die Abstimmung über das gesamte Kapitel 5 ist zucht zweifelhaft. Die Anzahlung ergibt die Annahme mit 189 gegen 142 Stimmen. Dagegen stimmen Sozialdemokraten und Kommunisten.

Die Artikel 6 bis 8, die die Bestimmungen über die Leistungen an Hinterbliebene der Versicherten enthalten, werden nach kurzen Bemerkungen des Abg. Vanische! (Soz.) und eines Regierungsbekanntem angenommen.

Artikel 9 mit den Bestimmungen über die Verwaltung wird nach der Ausschlußbeschlüssen verabschiedet.

Artikel 10 enthält die Vorschriften über die Zusammenlegung der Verwaltung der Knappschaftskassen.

Abg. Kolbenhauer (Dt. Sp.) begründet dann einen Antrag, wonach die Verwaltungsorgane je zur Hälfte aus Vertretern der Arbeitgeber und der Versicherten bestehen sollen.

Abg. Fufemann (Soz.)

erklärt, die Sozialdemokratie trete grundsätzlich dafür ein, daß zwei Drittel der Vertreter aus den Reihen der Versicherten und ein Drittel aus den Reihen der Unternehmer gewählt werden. Nachdem aber ein entsprechender Antrag im Ausschuss abgelehnt worden sei, werde die sozialdemokratische Fraktion dem Ausschlußbeschlüssen zustimmen, wonach die Verwaltungsorgane zu zwei Dritteln aus Vertretern der Arbeitgeber und zu drei Fünfteln aus Vertretern der Versicherten bestehen sollen.

Die Sozialdemokratie wolle nicht, wie die Unternehmer behaupten, die Knappschaftsversicherung zu einer Kampfbetriebsversicherung der Arbeiter ausschließen. Diese solle vielmehr zum Nutzen der Verwaltung hätten die Unternehmer stets die Oberhand. Der Redner begründet weiter einen Antrag, wonach die Angestellten entsprechend der Zahl der versicherten Angestellten zu der Zahl der versicherten Arbeiter zu berücksichtigen sind und die Zahl der Angestelltenvertreter im Vorstand mindestens zwei, in der Hauptversammlung mindestens fünf betragen soll. Bei der Wahl der Knappschaftskassen müsse das Verhältnis system angewendet werden.

Abg. Schwan (Komm.) begründet einen Antrag, wonach der Vorstand und die Hauptversammlung nur aus den Vertretern der Versicherten bestehen soll.

Am 12 Uhr abends verlegt sich das Haus auf Donnerstag um 12 Uhr mit der Tagesordnung: Gesetzentwurf über die Vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früheren Fürstentümern, deutsch-schwedischer Handelsvertrag, Fortsetzung der Beratung der Novelle zum Knappschaftsgesetz, Bericht des Ausschusses über Reichsversicherungs...

Quellen der Klassenurteile.

Der Preussische Landtag lehnte am Mittwoch die zweite Beratung des Justizgesetzes fort.

Staatssekretär Friese erwiderte dem völkischen Abgeordneten Körner, der sich über eine linksgerichtete parteipolitische Einstellung des Justizministeriums beschwerte, daß von einer Bevorzugung bestimmter Politiker im Justizministerium keine Rede sein könne. Der Abg. Körner finde genau so gut wie andere Abgeordnete öfters den Weg zum Justizministerium. Wichtig sei, daß die Herren Wulle und Kube sich seinerzeit der Staatsanwaltschaft freiwillig zur Verfügung gestellt haben; damals habe jedoch noch nicht die Aussage Grünte-Lehders vorgelegen. Durch die Verhandlungen im Reineidschuss habe sich das Bild wesentlich geändert; infolgedessen sei eine Nachprüfung des Tatbestandes nicht mehr zu umgehen gewesen.

Abg. Heilmann (Soz.)

weist zunächst einige Angriffe gegen die Rede des Abg. Kuttner zurück. Kuttner hat nicht von einer korrupten Justiz in Preußen gesprochen, sondern lediglich davon, daß die Justiz in all den Ländern, in denen eine Reichsregierung besteht, politisch korruptiert wird. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das beweist Braun-schweig. Auf der einen Seite Kurteilung des Schulrats Stoezel, auf der andern die Nichtverfolgung des Oberstaatsanwalts du Roi bei einem viel schlimmeren Tatbestand des Mißbrauchs amtlicher Gelder zu eignen Zwecken. Das beweist Thüringen. Dort ist vor kurzem vom Schöffengericht in Jena im Prozeß gegen Deereberg im Urteil ausgesprochen worden, es sei ungewiss, ob festzustellen sei, daß in dem Reineidsprozeß Laeb gewisse

Beeinflussungen der Staatsanwaltschaft

durch nicht zuständige thüringische Regierungsorgane bekommen seien. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Wir denken nicht daran, einzelne Fälle, wie z. B. den Fall Jürgen und ähnliche herauszugreifen, zu verallgemeinern und darauf loszuschimpfen. Verbrecher gibt es in jeder Berufs-kategorie, auch unter den Richtern. Was wir kritisieren, ist etwas ganz anderes. Wir stellen die Frage: Warum finden wir vor den preussischen Gerichten in politischen Prozessen nicht das Recht, das die breite Masse des Volkes sucht? Unsere Antwort lautet: Die Studierenden der Rechtswissenschaft stammen — man kann ruhig sagen — zu 100 Prozent nicht aus Arbeiterkreisen, sie stammen

90 Prozent aus bestehenden Kreisen.

In ihrer Studentenzeit folgen diese Studenten der Jurisprudenz in überwiegendem Maße der Führung der Herren Schaumlöffel und Biertrimpel, der beiden berühmten Namen. (Zuruf rechts.)

Schaumlöffel war der Führer der Studenten, die bei Rechterstedt Ordnung geschaffen haben, und Biertrimpel war der Vorsitzende der Berliner Studentenschaft. Welche Rolle die beiden Herren sonst spielen, ist Ihnen ja bekannt.

Wenn die Studierenden der Jurisprudenz dann Richter oder Anwälte auf die Richterstadt werden, kommen sie in einen gesellschaftlich und politisch geschlossenen Kreis, in dem sie nur die Anschauung der rechtsstehenden Parteien zu hören bekommen. Ich war vor einigen Tagen in einer großen Stadt Weiffalens, in der die Parteien, die auf dem Boden der Republik stehen, über 80 Prozent der Wähler hinter sich haben; ich war dort mit mehreren Richtern und Anwälten zusammen und fragte auch, wie dort die Justiz zusammengefaßt sei. Man hat mir gesagt: Sie hätten dort am Amts- und Landgericht etwa 80 Richter; von denen seien drei Republikaner und zwar einer Sozialdemokrat, einer Demokrat und einer Zentrumsmann; im übrigen sei noch ein reichliches Dutzend Nihilisten; da, die sich um Politik überhaupt nicht kümmern; die restlichen, mehr als 60 Richter, seien

ausgesprochen rechtsparteilich eingestellt.

(Hört, hört! links.) So wie es in dieser großen Industrieland: Weiffalens ist, ist es in ganz Preußen, in den östlichen Provinzen noch etwas schlimmer. (Sehr wahr! links.) Daher kommen solche Urteile in fast allen politischen Prozessen!

Unsere Kritik ist mit ein paar oberflächlichen Worten nicht abzurufen. Wir haben im übrigen gute Zeugen dafür, daß eine Klassenjustiz oder besser eine politisch ungerechte Justiz tatsächlich besteht. Ein besonders hoher Richter hat einmal zur Frage der Klassenjustiz folgendes erklärt: Die Klagen über Klassenjustiz kann ich bei objektiver Prüfung nicht durchweg als unbegründet erklären. Weiter ist zuzugeden, daß bezüglich des Strafmaßes vielfach bei politischen Prozessen hart geurteilt wird, während, wenn die sogenannten gebildeten Stände im Verdacht kommen, außerordentlich milde Strafen verhängt werden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wissen Sie, wer der Richter war, der das gesagt hat? Das war der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Feinke, ein Mann, der auf dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei steht und dessen Urteil Sie gegen sich werden gelten lassen.

Daraus ergibt sich für uns die Forderung, die Gerichte politisch gut zu durchsuchen und alle Anschauungen darin hien zu lassen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Zum Schluß verlangte Heilmann im Anschluß an die

Milderung des Abtreibungsparagrafen

eine Begnadigung all derjenigen Personen, die nach dem alten Paragrafen verurteilt wurden. Ebenso wünschenswert wäre eine Begnadigung für Kar Hölz, der nun schon seit 5 Jahren im Zuchthaus sitzt und im Vergleich mit den Rechtschwererern viel zu hart bestraft worden sei. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Frau Helfers (Soz.)

kritisiert die Überladung der Gerichte, die sich vor allem aus der Vermehrung der Zivilprozesse, der Kontroversachen, einseitigen Verfügungen usw. erkläre. Sie fordert eine höhere Eingruppierung der Hilfsarbeiter, bessere Bezahlung der Justizbeamten und Einbeziehung der unteren Justizbeamten in die Krankenversicherung.

Für die Justizbeamten sowie für den Strafvollzug seien eine Reihe wertvoller Beschlüsse schon längst vom Landtag gefaßt worden. Am Justiz- und Finanzministerium liegt es jetzt, diese Beschlüsse nun endlich durchzuführen.

Die temperamentvolle Rede von Frau Helfers wurde auf der linken mit starkem Beifall aufgenommen.

In kurzer Unterbrechung der Justizdebatte war über den bekannten Antrag der Demokraten, Sozialdemokraten und Deutschen Volkspartei zur einheitlichen Abgabe der verfassungsrechtlichen Stimmen im Reichsrat noch einmal abgestimmt worden. Wiederum enthielten sich die Deutschnationalen, völkische Zentrum und Volkspartei der Stimme, wodurch vorübergehend das Parlament beschlußfähig gemacht wurde.

Donnerstag Weiterberatung des Justizgesetzes. — (Schluß des rebellischen Teiles.)

Abenmattler loben die gute Wirkung des besagten Abenmattler loben die gute Wirkung des besagten Abenmattler loben die gute Wirkung des besagten

Wolle Gustav Stollberg kennzeichnen das Verhalten der Reichspräsidenten zur Frage des Völkerrates und die Stellungnahme des Reichspräsidenten. Genosse Düssel verliest ein Schreiben der kommunalistischen Partei, die aufruft, zu einer gemeinsamen Sitzung zur Durchführung des Völkerrates. Die Versammlung war mit den Maßnahmen des Vorstandes einverstanden, die dahin auslaufen, daß unsere Partei gemäß den Abmachungen ihre agitatorischen Arbeiten selbstständig führen wird. Alle Arbeiten zum Völkerratswahl sind getroffen und der Kampf ist in vollem Gange. Das Verhalten der kommunalistischen Presse gegen die Sozialdemokratie ist nicht dazu angetan, Vertrauen zu hegen. Es wurden die Wahlen zum Kreisvorstand vorgenommen, gewählt sind die Genossen Valthasar, W. Werner, Anna Süß und H. Nitzel. Nach Erledigung innerer Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Oblivien. Sozialdemokratische Partei. Freitag abend sehr wichtige Mitgliederversammlung bei W. Ehreda. Erscheinen aller Parteimitglieder ist Pflicht.

Harble. Gemeindeparslament. Die Neupflasterung und Kanalisierung unserer Hauptstraße macht unserm Gemeindeparslament viel Kopfschmerzen. Es fanden erst kürzlich nicht weniger als drei Sitzungen statt. Die von der Gemeinde auszuführenden Pflasterungen wurden dem Steinmetzmeister Wölle (Götensleben) übertragen. Die Arbeiten sind bereits im vollen Gange. Die Kanalisationsarbeiten wurden an das billigste Gebot vergeben, nämlich ebenfalls an Herrn Wölle, so daß dieser nun beide Arbeiten ausführen wird. Der Kanalisation stimmten unsere Genossen zu, nachdem der Gemeindevorsteher erklärt hatte, daß Bedingung vorhanden sei. Die Anlieger werden Hausanschlüsse erhalten, und dann wird endlich der überfließende Dreck von der Straße verschwinden. Ferner begrüßen wir, daß die Mehrzahl der Anlieger die ansehnliche Summe von 750 Mark zur Ausführung des Kanalbaues freiwillig spendet hat. Die Schulvorstandswahl fand wiederum keine Lösung und wurde abermals vertagt. Unsere Genossen sind der Ansicht, daß der Gemeindevorsteher mehr praktische Vorarbeit leisten müßte, dann könnte in den Sitzungen schnellere Arbeit geleistet werden. Diese Ansicht teilte sogar Herr Trog von der Rechten, der dem Gemeindevorsteher schon öfter diesen Vorwurf gemacht hat. Unser Ort wird also bald einen sauberen Eindruck machen, dieser muß aber auch erhalten bleiben. Dabei muß die Bevölkerung mithelfen. Der Platz für Mische und Müll ist oben an dem Hohnsleber Berg und nicht auf der neugepflasterten Straße. Ist es doch vorgekommen, daß schon auf das neue Pflaster Mische geschüttet wurde. Es geht auch nicht, daß totes Vieh auf einen öffentlichen Müllplatz geschafft wird. Solche Zustände müssen von der Einwohnerschaft selbst unterbunden werden. Unser Ort soll nicht nur durch seinen wunderbaren Park und die schönen Waldungen den fremden Besuchern auffallen, sondern auch durch die Sauberkeit der Ortstraßen.

Neuhaldensleben. Ausflug der Frauengruppe am Sonntag den 13. Juni nach dem Nonnenpring. Dort werden Besichtigungen für die Kinder veranstaltet. Alle Teilnehmer sammeln sich am Sonntag nachmittags um 1/2 Uhr am Kleinbahnhof. Recht zahlreiche Beteiligung wird erwartet. — Achtung. Kriegssopfer! Der Magistrat gibt bekannt, daß von der Kirchengemeinde des Kreises Kartoffeln zur Abgabe an minderbemittelte Kriegsschädigte und Kriegerhinterbliebene zum Kreise von 75 Pfennig pro Zentner überwiesen worden sind. Meldungen am 10. und 11. Juni im Rathaus, Zimmer 6.

Kreis Calbe.

Arbeiterjugend-Werbebezirk Schönebeck.

Unsere nächste Führeritzung findet am Sonntag den 13. Juni, nachmittags 1/2 Uhr, in Biere im Gasthof von Hering statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Unsere nächsten Arbeiten. Referent Bezirksjugendsekretär E. C. Trumenerl. 2. Sommerwunderfeier. 3. Verjährtes Verzeichnis usw. Alle Ortsgruppen müssen unbedingt erscheinen. Interessierte Parteigenossen sind willkommen. Frei Heil! Gustav Weber, Werbebezirksleiter.

Alten. Eine Frauenversammlung zur Gründung einer Ortsgruppe der Arbeiterwohlfahrt fand bei Nageler statt. Genosse W. Marx erörterte Wege und Ziele der Arbeiterwohlfahrt. 20 Frauen erklärten ihren Beitritt, so daß die Tätigkeit der Frauen-Ortsgruppe sofort aufgenommen werden kann. In den Vorstand wurden gewählt die Genossinnen Anna Jahn, Frieda Senesiger, Anna Schulze und Anna Korte. Am Mittwoch nach dem 1. und 15. jedes Monats soll eine Zusammenkunft stattfinden, in der über die Tätigkeit der Frau in der Wohlfahrt, im Rechtsleben und im politischen Leben Aufklärung geschaffen werden soll. Reichstagsabgeordnete Genossin Arnung wird am 23. Juni einen Vortrag halten. In dieser Versammlung sind alle Frauen als Gäste willkommen. Die Arbeiterwohlfahrt wird auch in Alten dazu beitragen, soziales Leben zu heben und die Frau zur Kraft und Aktivität im öffentlichen Leben zu erziehen.

Calbe. Der Frauenabend der Partei findet am Sonntag den 12. Juni, abends 8 Uhr, bei Heinz statt. Außer einem Vortrag des Genossen Brunnmann stehen noch andere wichtige Dinge auf der Tagesordnung, u. a. der bevorstehende Völkerratswahl. Vollständiges Erscheinen ist Ehrenpflicht. Bekannte sind mitzubringen.

Eintracht. Zur Vollversammlung müssen alle werktätigen Männer und Frauen, alle betrogenen Spar- und Rentner unbedingt erscheinen. — Wichtige Parteiveranstaltung am Sonntag abend 7 1/2 Uhr bei Frau Kunze. Auch alle Reichsbannerkameraden sind eingeladen. — Die Arbeitslosigkeit ist eine geringe Verminderung erfahren. Ferner die Zahl der Arbeitslosen (einschließlich der Ausgehenden) am Ende des ersten Vierteljahres (70), so ist jetzt auf 43 unterzubringende und 7 ausgeübte Erwerbslosigkeiten heruntergegangen. Es ist zu hoffen, daß im Juli zur Ernte in der Landwirtschaft Arbeitslose eingestellt werden. Da es sich aber hier nur um eine vorübergehende Beschäftigung handelt, so ist zum Winter mit einer großen Arbeitslosigkeit in unserm Orte zu rechnen. Dagegen kommt, daß auch das Baugewerbe die jetzt eingestellten Arbeitskräfte wieder aufnehmen wird.

Zeitzleben. Nachklänge zum Reichs-Arbeiter-Eyortrag und bürgerlichen Sängersfest. Begünstigt vom kaiserlichen Theater ergoß sich eine für unsere Verhältnisse gewaltige Menschenmenge in die reich geschmückten Straßen. Schwarzwaldmusik und rote Fahnen, die Sängerkapellen, wehten in Massen gegen unsere schwarzwaldmusikalische, die entgegen dem Wunsch der jetzt lebenden Sängerkapellen, aber gemäß Stahlhalmarsch, herausgeschickten. Festlich und würdevoll, daß ein „hochangesehener“ Schönebecker Sängerkapellen gegen eine rote Fahne im Gemeindeparslament wetteifern. Sogar Aufführung nach gehört keine Kommunistenpartei in einem öffentlichen Gebäude. Die Teilnahme der Arbeiterkammer am Sängersfest beschloß sich aus dem Gefühlsbereich. Mit dem entsprechenden „Mahnruß aus Vaterland“ durch den Kommandanten und Chormann „Welterre“ durch den gemischten Chor zeigten sie die Männer. Alles in allem bewiesen die gesungenen und musikalischen Leistungen der Arbeiterkammer, daß sie auf bürgerliche Höhe heraufgehoben können. Darum alle Kräfte in die Arbeiterkammer! — Eine Parteimitglieder-Versammlung findet am Sonnabend bei Rechten statt. Ferner darf fehlen. Dies muß auch für die am Sonntag von 10 bis 3 Uhr in der Schule stattfindenden Ortsratswahlen. Die evangelische Kirche macht Auftritte, um die Schule gemäßlich der Parteimitglieder der Kirche auszuscheiden. Mit dem Wachen, daß die festen Säulen, mit der Devise: „Schuhe dem Staat“, Parteischulen schaffen, den Kindern der Religion und damit die Eitlichkeit rauben wollen. Schützen Sie, Dumme zu fangen. Wer eine freie Schulentscheidung will und Bildung, gesunde, kräftig, starke Schützlinge, der

stimmt und wird für wisse Bitte mit dem Genossen Kattian junior als Vorkämpfer.

Brühl. Lichtbilderortrag. Am 11. Juni, abends 8 Uhr, wird Genosse Pape (Magdeburg) einen Lichtbilderortrag in der „Grünen Laune“ halten um in Wort und Bild der Einwohnerschaft das wahre Gesicht des Krieges und seine Folgen zu zeigen und Aufklärung über den Völkerratswahl zu bringen. Alle Vereine sind zu diesem Vortrag eingeladen. Genossen, sorgt für guten Besuch. — Gemeindevorstand. Die Ausgabe der Bücher findet jetzt aller 14 Tage Montags abends statt. Nächste Ausgabe am 14. Juni, abends 8 Uhr, im Rathaus. Jeder Einwohner sollte die Bibliothek benutzen. — Das Hochwasser hat den Bienenpächtern viel zu schaffen gemacht. Zum Trocknen war keine Zeit, das Wasser stieg ständig, führte manchen Berg Heu mit fort und trug dem Viehhalter viel Schaden ein.

An die Ortsvereinsvorstände und Funktionäre!

Dieser Tage erhalten sämtliche Ortsvereine das Flugblattmaterial für den kommenden Sonntag. Am Sonntag den 13. Juni ist also

große Flugblattverbreitung.

Nirgend darf Material liegenbleiben. Das gilt sowohl für die Flugblätter als auch für die Plakate. Die Plakate sollten übrigens schon jetzt teilweise angeheftet werden, damit nicht in den letzten Tagen sich die Arbeit so häuft, daß sie nicht voll erledigt werden kann.

Am 13. Juni muß auch

„Die Partei“

an die Mitglieder verteilt werden. In dieser Nummer der „Partei“ sind noch wichtige Mitteilungen für die Mitgliedschaft enthalten. Deshalb müssen die Unterfahrscheinler von der Flugblattverbreitung freigestellt werden und für die Kassierung der Beiträge und Verteilung der „Partei“ zur Verfügung stehen.

Das Bezirkssekretariat.

Bömmelte. Gemeindevertreter-Sitzung. Zum Völkerratswahl wurde der Wahlvorstand gewählt. Der Ausschuss soll nach der Ernte gereinigt werden. Es soll dann ein Brunnen, der bei Feuerbekämpfung benutzt werden soll, gebaut werden. Die Anstellung eines Feldhüters während der Sommermonate wurde abgelehnt. Eine Kommission zur Kassenprüfung wurde gewählt. Eine Steuerzuschlagshöhung von 200 auf 250 Prozent soll zur Pflasterung verwandt werden. Mit der Geldbeschaffung steht es nicht zum besten. Die Kreispartei wird mit Anträgen überlaufen. Ob es mit der Straßenpflasterung in diesem Jahre noch etwas werden wird, steht noch dahin. Vor dem Kriege hätte man die Pflasterung bedeutend billiger haben können, aber damals wurden alle Anträge unserer einzigen Vertreter mit der falschen Begründung abgelehnt, es ist kein Geld da. Aus dem vorigen Jahre sind noch einige Vereine mit ihren Vergütungsstellen rückständig. Diese sollen bei berglicher Aufforderung zwangsweise beigetrieben werden.

Schönebeck. Republikanische Bevölkerung! Nur noch bis einschließlich Sonntag liegen die Wahlschriften zum Völkerratswahl aus. Sorge ein jeder dafür, daß er in der Liste steht. Sie liegen im Zimmer 17 (Registatur des Rathauses) aus. Auch am Sonntag in den Vormittagstunden bietet sich Gelegenheit, die Listen einzusehen. — Mandatsniederlegung. Der Stadtverordnete Dümling (bürgerlich) von der Einheitsliste hat sein Mandat niedergelegt, und zwar aus geschäftlichen Gründen. Ob das der wahre Grund ist? — Die Auszahlung der Alimentenunterstützung erfolgt am Freitag den 11. Juni von 1 bis 2 Uhr im Stadthaus. — Elbbrücke. In der nächsten Zeit werden Reparaturen an unserer Elbbrücke und der Anruch des unteren Geländers vorgenommen. — Obdachlose. Nachdem die Regierung für die Unterbringung Obdachloser durch die Volkseigenverwaltung getroffen ist, wurden am Dienstag abend nicht weniger als elf Obdachlose nach der Herberge Koonstraße 2 geschickt, wo sie übernachteten.

Stahfurt. Zum Völkerratswahl. Die Benachrichtigungen über die Eintragung in die Stimmrolle sind den Stimmberechtigten zugesandt. Wer eine solche nicht erhalten hat, muß sich nun schleunigst nach dem Rathaus, Zimmer 27, bemühen und dort seine Eintragung beantragen. Es stehen nur noch folgende Tage dazu zur Verfügung: Freitag von 9 bis 12 und 3 bis 6 Uhr, Sonnabend von 8 bis 1 Uhr, Sonntag von 10 bis 12 Uhr. Man sage es den Nachbarn, Arbeitskollegen und Bekannten. — Der Bildungszweig am Dienstag war besser besucht als der vorige; die Sache scheint sich einzuleben. Genosse Wischewo ging in seinem Vortrag auch auf die Entstehung der Stahfurter Salzlager ein, was besonderes Interesse erweckte und eine lebhaftige Aussprache auslöste. Fortsetzung der Vorträge am Dienstag den 22. Juni. — Schwierige Sache. In der „Stahfurter Zeitung“ sucht ein Herr Jakob Zeugen, die gesehen haben, wie ein Herr Bruno Lettau hemmerrück an eine junge Frau herangetreten sei, sie in das Gesicht und ihn selbst (Jakob) mit einem Stock über den Kopf geschlagen habe, das er niederstürzte. Promot findet Lettau in der nächsten Nummer derselben Zeitung seinerzeitigen Zeugen, die gesehen haben, wie Jakob nebst Tochter und Schwiegermutter ihn (Lettau) angefallen haben. Solche Zeugen, die herdes jenseitig gesehen haben, dürften schwer zu finden sein. Lettau ist ein bekannter Kommunistenführer, der aus der K. P. D. ausgeschlossen wurde.

Stahfurt. Stadtverordneten-Sitzung. Eine geradezu vernichtende Niederlage erfuhr der deutschnationale Stadtrat Dr. Geyß. Ansehend mußte er im voraus, was kam. Sein Verbleiben läßt daran schämen. Ein scharfer Kampf gegen ihn wird schon sehr langer Zeit durch die Arbeitervertreter geführt. Unsere Genossen haben es abgelehnt, mit Geyß noch weiter zusammenzuarbeiten. Ruhe kommen, was wolle. Die Verantwortung trägt Geyß und sein Anhang. Aber auch hier wurde seit langem die Abweisung gegen diesen Herrn immer größer. Wie ein Kernschuß mußte die heutige Abstimmung für Geyß wirken. Eine ersprießliche Arbeit im Stadtparlament ist so lange nicht mehr möglich, wie dieser Mann Stadtrat ist. Abzugeben sind noch jene erdrückenden Anschuldigungen des Kommunisten Reichs, Geyß habe sich der Ambedattribution an der inzwischen entlassenen Schneider nach Schuldig gemacht. Ein diesbezügliches Strafverfahren wurde wieder eingestellt, da die Beweise fehlten. Seitdem drängt Geyß wieder in Amt und Würden. Genosse Müller und der Kommunist Joseph kritisierten dies aufs schärfste. Joseph wendete sich dagegen, daß in der Sache nicht einmal der Hauptbelastungszeuge Reichs gebietet sei. Geyß habe ja einen Teil der Anschuldigungen schon selbst zugegeben. Beim Wort der Erwiderung fand der Erste Bürgermeister Dr. Berger, der doch sonst seinen Schützling so glänzend zu verteidigen mußte. Einem Antrag der Kommunisten gemäß wurde dem Stadtrat Dr. Geyß durch die geschlossene Liste das Vertrauen abgezogen. Drei Bürgerliche stimmten gegen diesen Antrag, während sich neun der Einheitsliste enthielten. Bei der Abstimmung der Fraktion war die Mehrheit nur mit einer Stimme der Bürgerlichen herbeizuführen. Doch Geyß muß begreifen, welches Maß von Vertrauen er in der

Stadt nach genießt. Nach unangenehm wird die Geschichte für den Ersten Bürgermeister werden, der noch vor kurzem die Bürger-einsetzung Geyß in sein Amt trotz der Warnungen unserer Genossen für durchaus berechtigt hielt. Doch Dr. Geyß freiwillig aus seinem Amte zu scheiden, bezweifeln wir. Er wandelt im Schatten seiner Ahnen. Wir wagen aber auch nicht zu behaupten, daß sich der Erste Bürgermeister in seiner Unschlüssigkeit dazu aufraffen wird, so viel belastendes Material gegen Geyß zusammenzutragen, um ihn zwangsweise vom Amt im Dienstverfahren entfernen zu können. Es bliebe als letzte Möglichkeit nur die Auflösung der Stadtverordneten-Versammlung durch den Völkerratswahl und die Ausarbeitung von Neuwahlen. Mögen sie bald kommen. Wir warten darauf. Von wesentlichem Einfluß wird die Haltung der Vertreter des Zentrums sein.

Bezirk Calbe-Mscherleben-Queblinburg.

Volkshundgebungen.

Als Demonstrationsveranstaltungen unter freiem Himmel finden mit Unterstützung des Reichsbanners Mscherleben, Calbe, Stahfurt, im Unterbezirk folgende Versammlungen statt:

Sonntag den 13. Juni.

Stahfurt, mittags 12 Uhr. Ref.: Genosse Loh (Mischerleben).
Sahnsdorf, vormittags 8 1/2 Uhr.
Dornsdorf, vormittags 9 1/2 Uhr.
Gramsdorf, vormittags 10 1/2 Uhr.
Zuchau, vormittags 11 1/2 Uhr.
Schwarz, vormittags 12 1/2 Uhr.
Trabitz, vormittags 1 1/2 Uhr.
Referent: Genosse Peters (Magdeburg).

Donnerstag den 17. Juni.

Preußisch-Börneke, abends 8 1/2 Uhr.
Schneidlingen, abends 7 1/2 Uhr.
Gochstedt, abends 8 1/2 Uhr.
Referent: Genosse Loh (Mischerleben).
Sonntag den 20. Juni.
Mischerleben, vormittags 11 1/2 Uhr, auf dem Marktplatz.
Referent: Genosse Loh.

Tagesordnung bei allen Hundgebungen: „Gegen den Raubzug der Fürsten, für Volkswohl“.

Deffentliche Versammlungen.

Donnerstag den 10. Juni, abends 8 Uhr.

Fürberstedt. Referent: Rechtsanwalt Genosse Dr. Baerenbrung (Magdeburg).

Freitag den 11. Juni, abends 8 Uhr.

Stahfurt. Referent: Rechtsanw. Gen. Dr. Braun (Magdeburg).
Eickendorf. Referent: Landtagsabg. Genosse Kasten (Schönebeck).
Sonnabend den 12. Juni, abends 8 Uhr.
Stumbly. Referent: Genosse Peters (Magdeburg).

Montag den 14. Juni, abends 8 Uhr.

Groß-Rosenburg. Referent: Landtagsabg. Genosse Brandenburg (Magdeburg).
Alten. Referent: Kaufmann Genosse Pechon (Magdeburg).
Borne-Riedorf. Referent: Provinziallandtagsabg. Genosse Köber (Magdeburg).

Mittwoch den 16. Juni, abends 8 Uhr.

Eggersdorf. Referent: Stadtb. Genosse Steinke (Magdeburg).
Schönebeck. Referent: Reichstagsabg. Gen. Wittmann (Berlin).

Freitag den 18. Juni, abends 8 Uhr.

Alten. Referent: Kaufmann Genosse Pechon (Magdeburg).
Gegeleben. Referent: Stadtb. Genosse Steinke (Magdeburg).
Schneidlingen. Referent: Bürgermeister Gen. Strobel (Calbe).
Groß-Mühlhagen. Referent: Landtagsabg. Genosse Kasten (Schönebeck).

Proble bei Schönebeck. (Referent wird noch bekanntgegeben.)

Sonnabend den 12. Juni, abends 8 Uhr.

Klein-Mühlhagen. (Referent wird noch bekanntgegeben).
Preußisch-Börneke. Referent: Redakteur Genosse Karsten (Magdeburg).

Tagesordnung: „Gegen den Raubzug der Fürsten, für Volkswohl“.

Stadtkreis Mscherleben.

Eine große Vollversammlung findet am Sonnabend abend pünktlich 7 Uhr im „Neuen Kaffeegarten“ statt. Reichstagsabgeordneter Genosse Landberg spricht. Massenbesuch ist notwendig!

Der Bericht des Arbeitsnachweises für Mai weist eine weitere Steigerung der Zahl der Erwerbslosen nach. Die Zahl der sich meldenden Vollerwerbslosen überhaupst liegt im ganzen Bezirk des Nachweises von 1474 am 1. Mai auf 1601 am 1. Juni. Einzelkommen sind ausschließlich männliche Erwerbslose. Die weiblichen sind von 57 auf 55 zurückgegangen. Die Zahl der Unterstützungsempfänger vermehrte sich von 1144 auf 1207. Man sieht, daß ständig eine größere Anzahl von Erwerbslosen vorhanden ist, die aus irgendeinem geschäftlichen Grunde eine Unterstützung nicht erhalten kann. Die am 1. Juni vorhandenen Unterstützungsempfänger hatten 569 Ehefrauen und 870 Kinder, also zusammen 1429 Familienangehörige zu unterhalten. Außer der angegebenen Zahl von Unterstützungsempfängern waren noch 75 mit 129 Familienangehörigen vorhanden, die vom Völkerratswahl aus städtischen Mitteln unterstützt werden. Die Zahl der bei Notstandsarbeiten Beschäftigten stieg von 72 am 1. Mai auf 111 am 1. Juni. Darunter befinden sich 80 ausgeübte Erwerbslose. Kennartige auf Erwerbslosenunterstützung wurden im Mai 338 gestellt. Darunter befinden sich aus Mscherleben allein 284. Genehmigt wurden 307 Anträge, abgelehnt wurden, weil die Arbeitslosigkeit selbst verschuldet, 18 Anträge, weil keine Bedürftigkeit vorlag, 9 Anträge. Nach einer Periode von 4 Wochen wurde die Unterstützung in fünf Fällen ausgestellt. Die Unterstützungstätigkeit war nur eine beschränkte. Sie erstreckte sich vorwiegend auf Ausbildungsarbeiten verschiedenster Art auf landwirtschaftliche Arbeit und hauswirtschaftliche Betätigung. Entlassungen von Arbeitskräften kamen besonders vor in der Metallverarbeitung, Holzverarbeitung und in bergbaulichen Betrieben. Die Bruttoaussgaben belaufen sich auf rund 85 000 Mark. An Unterstützungen an Vollerwerbslose wurden 49 000 Mark ausbezahlt. An Beiträgen für die Krankenversicherung der Erwerbslosen wurden aufgewendet 5400 Mark, an Zuschüssen für die Notstandsarbeiten 3695 Mark, an Unterstützung für die Eintragung der Beiträge an die Krankenkassen 310 Mark usw. An Beiträgen der Arbeitgeber und Beschäftigten für die Erwerbslosenversicherung durch die Krankenkassen wurden eingenommen 30 000 Mark. Die Anteile (Zuschüsse) der Gemeinden betragen 5736 Mark. Da diese Einnahmen nicht entfernt zur Befreiung der Ausgaben hinreichen, müssen die Ausgleichskassen in Anspruch genommen werden. Es wurden rund 52 000 Mark von ihnen bezogen. Andererseits mußten freilich auch — daher die große Debitsumme und -Ausgabe — aus den Einnahmen 25 000 Mark an die Ausgleichskassen abgeführt werden.

Alten.

Stadtvorstandes-Sitzung in Gochstedt. Der Bürgermeister betrachtet es als einen ungeheuren Fortschritt, daß er in diesem Jahre den Etat schon 4 Monate früher vorlegen kann. Es ist ja auch eine Leistung, wenn man bedenkt, daß er durch Nachzahlung seiner Repräsentationspflichten demnach in Anspruch genommen ist, daß ihm für die laufenden Regierungsgeschäfte nur noch sehr wenig Zeit bleibt. Vor der Haushaltsberatung wurde der Posthaltungsverein ein jähliches Darlehen von 300 Mark auf 1 Jahr gegeben, außerdem eine laufende Beihilfe von 40 Mark im Jahre. Der Anstellung eines Kirchhelfers, der im Winter Nachhilfe zu übernehmen hat, wurde zugestimmt. Beschlossen wurde, zum Reichstagswahl den Bürgerweiser und den Nachbarn

Sozialdemokrat. Partei Schönebeck.

Freitag den 11. Juni, abends 8 Uhr, im Stadtpark (Calbe).

Mitglieder-Versammlung

Wichtige Tagesordnung.

Erscheinen aller dringend notwendig! Der Vorstand

Strube zu entfernen, die Beschädigung auch durch einen unsterk Ge...

Dann wurden noch Dringlichkeitsanträge erledigt; einer von unster...

Nun kam die Beratung des Etats. Die Bürgerlichen hatten nichts zu sagen...

Die erste Forderung wird nach langem Hin und Her dahingehend genehmigt...

Der Antrag wurde dem Ausschuss überwiesen, der die Ausführung in diesem Jahre...

Die erste Forderung wird nach langem Hin und Her dahingehend genehmigt...

Der Antrag wurde dem Ausschuss überwiesen, der die Ausführung in diesem Jahre...

Wahltag in Stendal.

Der Wahltag in die Landparlamenten ist heute der zweite gewesen...

Der Wahltag wurde von dem Ausschuss überwiesen, der die Ausführung in diesem Jahre...

Der Wahltag wurde von dem Ausschuss überwiesen, der die Ausführung in diesem Jahre...

Der Wahltag wurde von dem Ausschuss überwiesen, der die Ausführung in diesem Jahre...

Möglichkeit der Durchführung in diesem Jahre. Der Vorsitzende erklärt...

Ein sozialdemokratischer Antrag fordert die kostenlose Zustellung einer kommunalpolitischen Zeitschrift...

An alle Kriegsoffer und Volksgenossen!

Die Gauleitung Sachsen-Anhalt des Reichsbundes der Kriegsoffer...

In einer Zeit, in der Hunderttausende von Kriegsoffer und Kriegerhinterbliebenen...

dem deutschen Volke wegnehmen

wollen.

Sie erheben denn dieses „Eigentum“? Gemausert eigener Geistes, eigener Hände Arbeit?

Was das Volk erkaufte,

was für es erkaufte den Wert vergießen mußte, das nennen die Führer „Ihre Eigentum“...

Im 20. Juni wird das deutsche Volk selbst darüber zu entscheiden haben...

Die Kriegsoffer erheben während ihrer Stimme!

Was wird den Kriegsoffern?

Sie fordern an der Front, versehen Gesundheit und Familienwohl für das Vaterland...

Was wird den Führern?

Recht von Ehre leben sie während des Krieges herrschend und in Frieden...

Was wird den Führern?

Was wird den Führern?

Was wird den Führern?

Was wird den Führern?

Was wird den Führern?

Was wird den Führern?

Was wird den Führern?

Was wird den Führern?

Was wird den Führern?

Was wird den Führern?

Was wird den Führern?

Was wird den Führern?

Was wird den Führern?

Was wird den Führern?

Was wird den Führern?

Was wird den Führern?

Was wird den Führern?

Alter bis zu 6 Wochen 35 bis 40 Mt., von 6 bis 8 Wochen 40 bis 45 Mt...

Salzwedel. Seht die Stimmlisten ein! Dieser Wahltag muß immer wiederholt werden...

Zangermünde. Forträge. Mittwoch den 16. Juni, 8 Uhr abends: Lichtbildervortrag...

Zangermünde. Frauengruppe. Unsere Autofahrt findet bestimmt am Sonntag nach Weiskamthe...

Stadtfreie Stendal. Stadtbildverbände. In einer Stadtbildverbände Sitzung wurde beschlossen...

Stadtfreie Stendal. Stadtbildverbände. In einer Stadtbildverbände Sitzung wurde beschlossen...

Stadtfreie Stendal. Stadtbildverbände. In einer Stadtbildverbände Sitzung wurde beschlossen...

Stadtfreie Stendal. Stadtbildverbände. In einer Stadtbildverbände Sitzung wurde beschlossen...

Stadtfreie Stendal. Stadtbildverbände. In einer Stadtbildverbände Sitzung wurde beschlossen...

Stadtfreie Stendal. Stadtbildverbände. In einer Stadtbildverbände Sitzung wurde beschlossen...

Stadtfreie Stendal. Stadtbildverbände. In einer Stadtbildverbände Sitzung wurde beschlossen...

Stadtfreie Stendal. Stadtbildverbände. In einer Stadtbildverbände Sitzung wurde beschlossen...

Stadtfreie Stendal. Stadtbildverbände. In einer Stadtbildverbände Sitzung wurde beschlossen...

Stadtfreie Stendal. Stadtbildverbände. In einer Stadtbildverbände Sitzung wurde beschlossen...

Stadtfreie Stendal. Stadtbildverbände. In einer Stadtbildverbände Sitzung wurde beschlossen...

Stadtfreie Stendal. Stadtbildverbände. In einer Stadtbildverbände Sitzung wurde beschlossen...

Stadtfreie Stendal. Stadtbildverbände. In einer Stadtbildverbände Sitzung wurde beschlossen...

Stadtfreie Stendal. Stadtbildverbände. In einer Stadtbildverbände Sitzung wurde beschlossen...

Stadtfreie Stendal. Stadtbildverbände. In einer Stadtbildverbände Sitzung wurde beschlossen...

Stadtfreie Stendal. Stadtbildverbände. In einer Stadtbildverbände Sitzung wurde beschlossen...

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 10. Juni 1926.

Seht die Wählerlisten ein!

Für die am 20. Juni stattfindende Volksabstimmung über den Gesetzentwurf wegen Enteignung der Fürsten...

Die Listen liegen an folgenden Stellen aus:

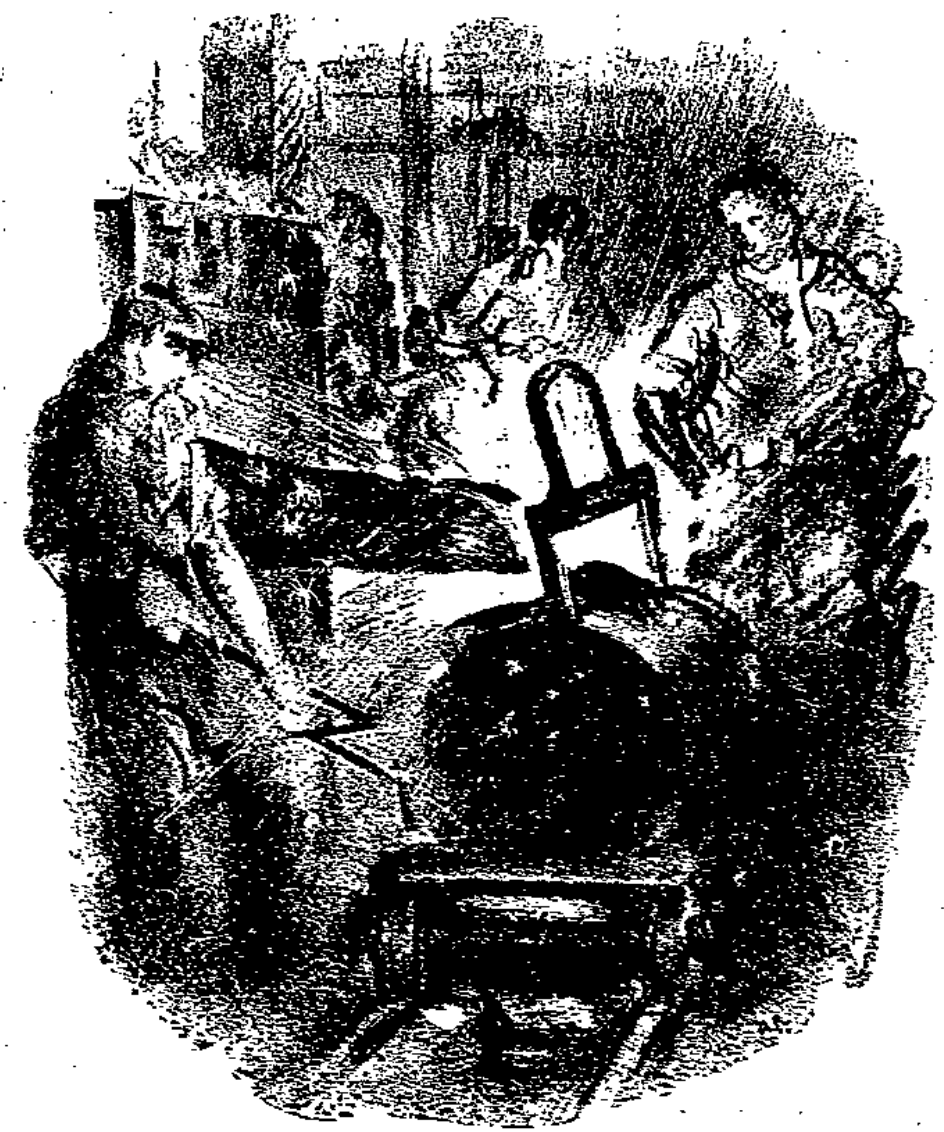
- 1. Im Magistrats-Konferenzzimmer des alten Rathauses, Eingang vom Alten Markt, für: Stadtteil Altstadt bis Kaiser-Otto-Ring...

Ein Besuch bei Eisenmatthes.

Angst der Unzeitgemäßen.

In unserm Artikel „Um die Nähmaschine“, in dem wir vor einiger Zeit unsere Eindrücke bei der Besichtigung der Nähmaschinenfabrik Mundlos wiedergaben...

Die Magdeburger Industriegewerkschaften haben eine heillose Angst vor der „Volksstimme“. Warum ist nicht recht ersichtlich.



wissen. Wir gehen aber die Hoffnung nicht auf, daß sie im Laufe der Zeit begreifen werden, daß es sogar für sie selbst vorteilhaft sein kann...

Ein Spezialbetrieb.

Vor einigen Tagen hatten wir Gelegenheit, die Werke der Firma Eisenmatthes zu besichtigen. Eisenmatthes ist mit seinen etwa 200 Arbeitern für Magdeburger Verhältnisse nur ein kleiner Betrieb.

Der Firma gehören zwei Werke. Eins — früher Gebrüder Höpner — in der Reuhardt, gegenüber der Nähmaschinenfabrik Mundlos, und eins in Sudentburg.

Transmissionen wurden schon vor dem Kriege normalisiert. D. h. Lager, Wellen und Riemenscheiben wurden in Spezialfabriken möglichst nach einheitlichen Zeichnungen und Modellen hergestellt.

ferner Traum ist, wurde hier Wirklichkeit: Man kann die Dedenatme zu einer Transmission von der einen, die Lager von einer andern, die Welle aus einer dritten und die Riemenscheiben wieder aus einer andern Fabrik beziehen und alles würde zusammen passen.

Die besondere Spezialität von Eisenmatthes sind gußeiserne Riemenscheiben, die bis zu einer Größe von 250 Meier mit Spezialmaschinen geformt werden.

Der Former.

Das Gießen von Metallen wird immer eine der interessantesten Arbeiten moderner Technik bleiben. Das harte Eisen dünnflüssig zu machen wie Wasser und es in Formen zu gießen...

Die Former haben sich darum wohl auch am längsten von allen Handwerkern ein starkes handwerkliches Selbstbewußtsein erhalten. Auch heute noch ist es eine Kunst, ein großes Gußstück im Sande mit Hilfe eines Holzmodells zu formen...

Bei Eisenmatthes spielt allerdings die reine Handformerei, also die Herstellung einzelner Gußstücke, eine untergeordnete Rolle. Die Hauptarbeit wird mit Formmaschinen geleistet.

Während untrer Befähigung würde gerade gegossen. Es ist ein geheimnisvoller und zugleich schöner Anblick, wenn mit einer langen Stange das Ausflußloch des Kupolofens aufgestochen wird und in weißleuchtendem Strahle das flüssige Eisen in den Behälter, die sogenannte „Pfanne“, fließt.

Ingenieur fiel auf in dieser Gießerei, daß der starke Schwefelgeruch, der sonst den Fremdling sofort zum Husten reizt, nicht zu bemerken war in den geräumigen luftigen Hallen.

Werkzeuge, Automaten und Schrotmühlen.

In den Werkstätten neben der Gießerei fällt die verhältnismäßig große Werkzeugflößerei auf. Sämtliche Modelle für den Maschinenbau werden aus Rotguss (einer Legierung von Kupfer, Zinn und Zink) hergestellt und erfordern gewissenhafte und gründliche Bearbeitung.

Im Sudentburger Werke werden Wellen geätzt, an einem interessanten großen Automaten Stellung in einem Arbeitsgang vollständig fertig gedreht und Lagergehäusen mit großen Bohrern, die Reibahlen sehr ähnlich sind — drei nebeneinander auf einer Maschine — in einem Schritt ausgebohrt.

Außer diesen Bestandteilen für Transmissionen ist im Sudentburger Werk auch noch eine interessante Schrotmühle — eine wichtige Maschine für Landwirte — zu sehen. Im Gegensatz zu andern Maschinen dieser Art — wo hier die zu vermalenden Körner durch zwei Mahlfläden, die nicht zwei, sondern drei Steine vorhanden sind. Diese Tripel-Schrotmühle ist eine Spezialität von Eisenmatthes.

Auch bei Eisenmatthes wird — wie fast überall — nicht voll gearbeitet, denn gerade Transmissionen sind abhängig von Neu- und Umbauten. Trotzdem ist der Beschäftigungsgrad günstiger als in vielen andern Betrieben.

Sie geht aus dem Reime.

Kamlich die Einzelfraktion im Stadtparlament. Sie ist durch nichts mehr zusammenzuhalten, weil sie innerlich total zerfallen und zerfällt ist. Es treten wieder vier Mitglieder aus der Einzelfraktion, die sich offiziell Rechtsfraktion nennt, aus, nämlich der Stadtrat Krull, die Stadtratsordnere Frau Gold und die Stadtratsordnere Leue und Jaber.

In dem Fraktionsrat sitzen noch Volkspartei, Sozialdemokraten, Reichische und andre Konfessionisten zusammen. Eine bunte Gesellschaft. Es herrscht bei ihnen etwa die Einigkeit, die man findet, wenn Hunde, Katzen und Flegelbäder zusammengebracht werden.

Fraktionsführer Hennige hatte dabei ein knappes Dutzend hinter sich, die andern hatten sich seitwärts in die Büsche geschlagen.

Das war eine Wagnis von seltener Größe für die Rechtsfraktion, vor allem aber für ihre Führung. Ein Fraktionsführer muß so ungefähr seine Gefolgschaft beurteilen können, er muß auch die Gegnerschaft einigermaßen zu berechnen wissen, die eine Aktion ausgelöst. Wenn er das nicht kann und in seinem jugendlichen Kraftmeiertum Haupt- und Staatsaktionen unternimmt, die jämmerlich verpuffen müssen, dann macht er sich lächerlich.

Unter dem Zeichen des Binsels in den Wahlkampf 20, wollte das Industrie- und Handelskapital die Stadterwaltung von jedem Einfluß der Sozialdemokratie „säubern“.

Das brachte die Wahl nicht den großen Erfolg für die „ge-einte“ bürgerliche Liste: 20 Mandate, das bedeutete noch nicht die Vorherrschaft. Aber es gelang, die fünf Wähler zu überleben, wir der Fraktion eine Wohlgemeinschaft einzugehen. Wie 37 Unentwegte gegen die Sozialdemokraten!

Dann gingen die Wähler verärgert davon. Dann bröckelte es in der Einzelfraktion weiter, und heute ist nur noch ein Trümmerhaufen vorhanden. Was vorwiegend war, denn politische und wirtschaftliche Tatsachen und Interessengegenstände sind stärker als Redensarten und Schiebetricks. Die Rechtsfraktion war von Anfang an zerissen von politischen und wirtschaftlichen Gegensätzen, die sich auswirken müssen. Da läßt sich das Grausmachen vor den Sozis und ihre nationalistische Phrase. Ein politisches Gebilde, das innerlich unwohl und ohne Verbindung ist, muß zerfallen. Die Einzelfraktion konnte ihrem Schicksal nicht entgehen.

Attention! Rothensee Attention! Reichstagsabgeordneter Bader spricht am Freitag den 11. Juni, abends 8 Uhr bei einem öffentlichen Versammlung Eintritt 20 Pfennig Sozialdemokratische Partei.

Republikanische Jugend herans!

Der Volkentscheid gegen den Kontrag der Fürsten steht am der Tür. In einer Zeit, wo das Herz der jugendlichen Gewerkschaften immer härter anschließt, wo dem Franke ungewohnte Verpflichtungen sozialer Art seiner notleidenden Jugend gegenüber erwachsen, will man den geküßelten Fürsten Millionär nachwerfen.

Republikanische Jugend, wehre dich!

Im Kampfe um den Volkentscheid muß die Jugend in den kühnsten Reihen stehen. Ein Sieg der Reaktion in der Frage der Fürstenenteignung bedeutet Stärkung des monarchistischen Gedankens. Darum: der letzte Jugendliche herans zur Arbeit für den Sieg.

Wir rufen die dem „Zweckverband republikanischer Jugendbünde Magdeburgs“ angeschlossener Vereine und die gesamte republikanische Jugend Magdeburgs auf zur Kundgebung

am Dienstag den 15. Juni, 9 Uhr abends, auf dem Alten Markt.

Reichstagsabgeordneter Tamm (Berlin) und Jugendsekretär Czummensel (Magdeburg) sprechen über „Jugend und Volkentscheid“. Die Stadtteilgruppen treffen sich um 9 Uhr an dem bekannten Sammelplatz und verschieren geschlossen zum Alten Markt. Nach Schluß der Kundgebung Demonstration zum Gewandhausplatz.

Republikanische Jugend Magdeburgs, nun herans zur Kundgebung gegen den Fürstenraub, gegen Monarchie, für Republik und Jugendrecht!

Zweckverband republikanischer Jugendbünde Magdeburgs. Der Arbeitsausschuß: J. L. S. Rodde.

Kleine Chronik.

Ganz Breslau sucht den Mörder. Der grauenvolle Mord an den beiden Kindern der Witwe Heße hält nach wie vor die ganze Stadt in größter Erregung. Leider ist es der Kriminalpolizei bis zur Stunde noch nicht gelungen, etwas Positives über den in Betracht kommenden Verbrecher zu ermitteln. Nicht nur das, man hat noch nicht einmal bestimmte Anhaltspunkte für einen begründeten Verdacht, so daß die mit der Aufklärung der Mordtat betrauten Beamten einhellig noch völlig im Dunkeln tappen. Hunderten von Spuren wird täglich nachgegangen. Ganz Breslau arbeitet buchstäblich mit, um der Polizei ihre Arbeit zu erleichtern. Gerade aber diese gewaltige Beteiligung der Breslauer Einwohnerschaft ist geeignet, die Arbeit der Mordkommission erheblich zu komplizieren. Täglich werden an zweihundert Personen, die in der Lage zu sein glauben, Angaben machen zu können, von der Kriminalpolizei vernommen. Das Telefon steht in den Breslauer Büreaus der Polizei nicht eine Minute still, und Berge von anonymen Schreiben, die alle Spuren zeigen zu können glauben, häufen sich. Große Hoffnungen setzte man auf die graphologische Untersuchung der Adresse auf dem Postamt an die Grobkeltern, das die abgetrennten Geschlechtsstücke der ermordeten Kinder enthielt. Leider aber bot die Adresse zu wenig handschriftliches Material, um die graphologischen Gutachten genügend zu fundieren und ergiebig zu gestalten. Die zwei bis jetzt vorliegenden Gutachten lassen infolgedessen keinerlei Rückschlüsse auf den Täter zu. Der Großvater der ermordeten beiden Kinder in Breslau, ein Kaufmann Urban, erhielt einen Brief, dessen Adresse von derselben Hand stammte, wie die des Mädchens mit dem grauenigen Inhalt, das er am Tage zuvor von dem Mörder zugesandt bekommen hatte. In dem Briefumschlag befand sich ein Notizblatt, auf dem gesagt wurde, daß der Täter ein Fleischer aus Münsterberg in Schlesien sei. Ferner stand darauf, daß der Mörder ein Verhältnis mit einer Frau J. aus der Claassenstraße habe. Anscheinend ist die niedergeschriebene Bezeichnung ein Nachsatz des wirklichen Täters, der sich vermutlich noch immer in Breslau aufhält.

Kriminalbeamte als Einbrecher. Im Prozeß gegen den Kriminaloberwachmeister Langmaack und die Kriminalbeamten Geisert Schmidt und Lehmann in Hamburg, die sich durch Einbrüche größere Mengen Kokain, Heroin und Morphin, insgesamt 75 Kilogramm, beschafft hatten, erhielt Langmaack, der sich selbst als Führer bei den Verhehlungen bezeichnen, 4 Jahre Zuchthaus und 8 Jahre Ehrverlust, Geisert 2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, Schmidt und Lehmann als Helfer, sowie fünf weitere Beteiligte Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu 2½ Jahren.

Ein Turmletterer. Auf den Matthiasturm in Schöneberg bei Berlin geflettert ist der Artilleries- und Fassadenleiterer Zorge, um wieder eine seiner nervenzehrenden Betten auszutragen. Hunderte von Menschen blickten zu dem etwa 90 Meter hohen Turm empor; die Polizei und die Feuerwehrräte vertretend, die der entrüstete Küster des Gotteshauses herbeigezogen hatte, sowie ein Kurier und ein Kameramann. Wer da oben eine Stunde lang trainierte, konnte die Polizei trotz aller Neugierchen nicht erfassen, und die Feuerwehrräte konnten ihn nicht erreichen, denn die Leitern waren nicht lang genug. Um 1 Uhr mittags erreichte Zorge die Spitze und kehrte dann wieder auf den Erdboden zurück, wo ihn die Feuerwehrräte mit einer Leiter und die Polizei mit einem Strafmandat in Empfang genommen hat.

Weltrekord mit dem „Meerfloh“. Der russische Ingenieur Gajenko hat mit dem Wassergleiter, dem sogenannten „Meerfloh“, der bei einem Versuch, das Mittelmeer zu durchqueren, beschädigt war, nach erfolgter Ausbesserung neue Versuchsfahrten auf dem Mittelmeer unternommen und dabei gleichzeitig zwei neue Weltrekorde für Wassergleiter aufgestellt. Das neue Fahrzeug hat in ununterbrochener Fahrt 200 Kilometer auf dem Meere zurückgelegt und eine Dauerfahrt von 7 Stunden ausgeführt. Die Geschwindigkeit, die es entwickelte, ist enorm; sie beträgt über 75 Kilometer pro Stunde. Der russische Ingenieur will jetzt einen neuen, noch stärkeren Motor einbauen lassen, der mit einem vierflügeligen Propeller versehen werden soll. Auf diese Weise soll die Stundengeschwindigkeit auf 100 Kilometer erhöht werden.

Das größte Flugboot der Welt wird gegenwärtig in Friedrichshafen (Baden) von den Dornier-Werken hergestellt. Es handelt sich um einen Auftrag der japanischen Regierung. Für den eigenen Gebrauch darf Deutschland laut Friedensvertrag derartige Luftschiffe nicht herstellen. Der Apparat wird durch gewaltige Hochflügel getragen, die eine Spannweite von nahezu 70 Meter haben. Er kann sowohl friedlichen als auch kriegerischen Zwecken dienlich gemacht werden. Im ersten Fall ist er imstande, 100 Personen aufzunehmen, die in dem langgestreckten Bootsrumpf untergebracht sind. Im Falle des Krieges kann die Maschine gewaltige Bombenladungen über weite Strecken befördern. Der Antrieb erfolgt durch nicht weniger als zwölf Motoren, die eine Gesamtstärke von 3400 Pferdestärken entwickeln und dem Flugboot zu einer hohen Geschwindigkeit verhelfen. Wie es heißt, wird der Lufttrieb von der japanischen Marine zunächst zu einer Serie von Versuchsflügen verwendet, die ihn von einer Basis an der Küste quer über den Großen Ozean führen sollen.

Die Lampe mit dem roten Schirm.

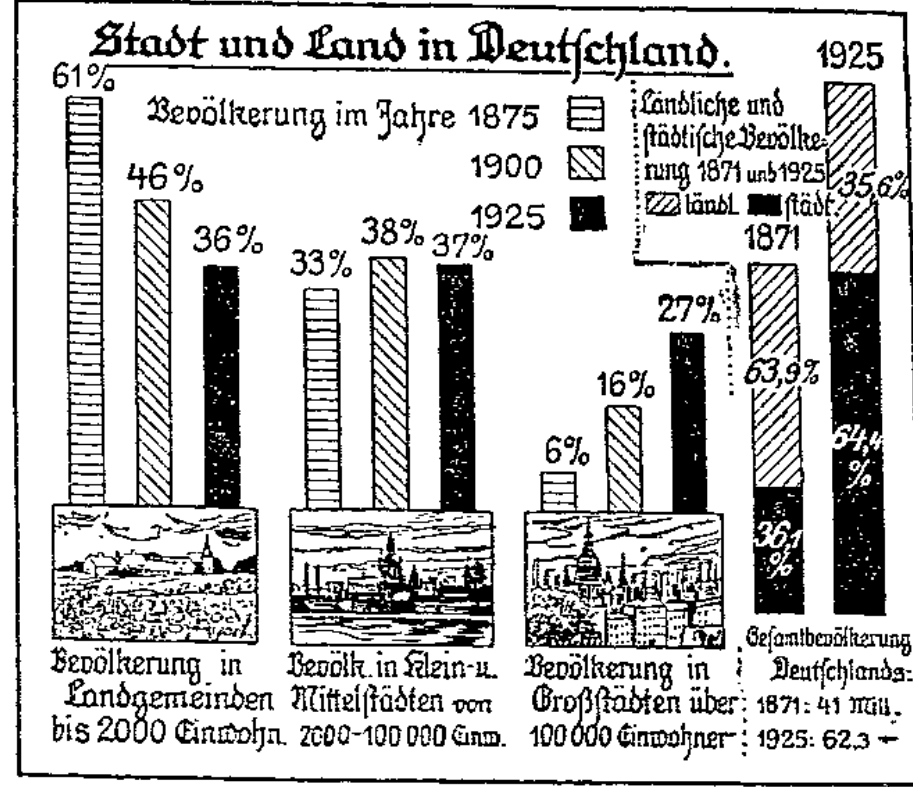
Roman von Otto Schwerin.
(7. Fortsetzung.) (Stadtmusik verboten.)

„Nun gut. — Ich habe nun einige Fragen an Sie zu stellen. Herr Finerio, die mit dem heutigen Vorfall direkt im Zusammenhang stehen. — Sie waren doch wohl, wie immer, auch gestern in Ihrer Loge?“
„Dawohl.“
„Erinnern Sie sich, ob Herr von Probstka gestern abend nach halb sechs Uhr ausgerufen ist?“
„Ja, dienen, Herr Oberkommissar. Er ist nicht ausgegangen.“
„Aber Besuch hat er bekommen?“
„Dawohl. Das hat er. Gegen sechs Uhr kam eine junge Dame und später wird wohl auch ein junger Mann kommen sein.“
„Herr Finerio, jagte Wandra ernst, die Antwort auf meine Frage ist hochwichtig. Unter Umständen hängt die ganze fernere Untersuchung des Falles Probstka davon ab. Ich muß Sie daher schon bitten, sich zu dieser Frage etwas deutlicher und prägnanter zu äußern.“
„Also hören's an, Herr Oberkommissar. Gegen halb sechs ist die Frau von oben angekommen.“
„Wandra. Sie meinen Frau Bergholzer, wenn ich recht verstehe.“
„Wohl, wohl, die mein i. Sie hat den Hut aufgehoben und ging in der Richtung nach dem Korso weg. Wenige Minuten später ist die Frau, was das Kuchenmädchen ist, kommen mit dem Brief in der Hand.“
„Herr Finerio,“ hat sie lustig gesagt, „ich hab vom Alen über Sie bekommen, und ich jetzt meine Sachen anholen.“
„Ja, sag i,“ und dann lachend auf einen Brief, den's in der Hand halten tut, „wenn's jetzt erst schreiben, dann wird er aber heute abend mit mehr nachgehend kommen können.“ Da lacht die Wandra. „Aber was denken's, der Brief ist doch net für mein Gewohnt, der ist für den jungen und Herrn in Jaroslaw. Er ist reformiert, der Brief, und i muß mit spüren, daß i noch schnell auf die Post laufe.“ Da ist die Wandra gegangen.
„Wandra! fünf Minuten später geht die Gendarm und eine junge, schöne, gütige Dame herzu das Haus. Sie geht hoch an mir vorbei. Wandra! Gendarmen später hat i sie an der Tür beim Gehen vom Probstka abgesehen. Ich war o bisserl unangenehm und

Eine Liebesmörderin ermordet ihren Mann. Die Mordkommission aus Leipzig wurde nach dem Crio Lambert, der bei Ostas gestrichen. Dort fand man den 70-jährigen Gemeinbediener und Nachwächter August Heinge auf dem Boden seines Hauses tot vor. Es wurde festgestellt, daß Heinge den Tod durch Erhängen gefunden hat. Die Leiche lag seit 24 Stunden abgetrennt auf dem Boden, ohne daß Heinges 77-jährige Frau der Polizei Meldung erstattete. Bei der Vernehmung gab sie nur an, sie habe sich keinen Rat gewußt. Mehrere Tage vorher hatte sie heftigen Streit mit ihrem Mann gehabt. Das soll öfter der Fall gewesen sein, da beide stark dem Trunke ergeben waren. Es ist der Mordkommission bisher nicht gelungen, die mysteriöse Angelegenheit aufzuklären. Man nimmt zwar Mordverdacht an, doch ist es unmöglich, daß die alte Frau eine solche Tat allein durchgeführt hat.

Stadt und Land.

Der durch die zunehmende Industrialisierung bedingte Zug weiter Kreise der Landbevölkerung nach den Städten hat in dem letzten halben Jahrhundert einen außerordentlichen Umfang angenommen. Die Landflucht ist zu einem sozialen Problem von größter Bedeutung geworden. Von ihrer Lösung hängt nicht zuletzt die Zukunft Deutschlands ab. In welchem Maße die Ver-



teilung der Bevölkerung auf Land und Stadt seit 50 Jahren in Deutschland sich veränderte, zeigt unsere Statistik. Während 1871 fast zwei Drittel der Bevölkerung auf dem Lande wohnten, zeigte die Volkszählung von 1925, daß fast zwei Drittel der über 20 Millionen gewachsenen Gesamtbevölkerung Deutschlands städtische Bevölkerung war. Wenn dieses Resultat zum Teil auch durch die umfangreichen Gebietsabtretungen infolge des Friedensvertrags bedingt war, hat sich doch die absolute Zahl der Stadtbewohner seit 1871 nahezu verdreifacht. Auch in vielen auswärtigen Ländern ist eine mehr oder weniger starke Abnahme der Landbevölkerung und ein entsprechendes Anwachsen der städtischen Bevölkerung zu beobachten.

Liebesdrama im Wald. Im Walde bei Oberhof verjuchte ein 22 Jahre alter Schupoamant aus Jella-Mehlis seine Geliebte, die 15 Jahre alte Tochter eines Steuerbeamten in Göttha, zu erschießen. Er richtete darauf die Waffe gegen sich. Das Mädchen erhielt einen Lungenschuß, während sich der Polizeibeamte nur leicht verletzte und zu einer zweiten Kugel keinen Mut fand. Er ließ die Schwerverletzte während der ganzen Nacht im frommen Regen im Walde liegen (!) und erlitt erst am Morgen im Bahnhofsgebäude in Oberhof, um Hilfe zu holen. Das Mädchen wurde in hoffnungslosem Zustand in das Krankenhaus in Zuhl gebracht. Der Polizeibeamte wurde in Haft genommen.

Eine Taschendiebstahl. Landwärtigen Beobachtungen des Taschendiebstahls-Degeterns der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, einer internationalen Taschendiebstahlbande auf die Spur zu kommen, die aus Lehrer und Schülern bestand. Auf das Konto dieser Bande, die unter Leitung eines kürzlich aus der Strafkolonie entlassenen Polen namens Groß bestand, sind fast sämtliche in den letzten 4 Wochen in Charlottenburg verübten Taschendiebstähle zu setzen. Die Zahl der von der Bande ausgeführten Taschendiebstähle geht in die Hunderte. Groß wurde in einer Pension in der Prager Straße verhaftet, seine beiden Schüler auf frischer Tat in der Straßenbahn am Wittenberger Platz festgenommen.

Ein moderner Savonarola. In Florenz hatte der Vater Leonardo Darrans eine Reihe von Predigten gegen die Unmoral gehalten. Nach der Schlusspredigt sammelte sich vor dem Portal

der Kirche Santissima Annunziata eine Volksmenge an, die wie zu den Zeiten Savonarolas einen heben Schreier aus un-moralischen Tugenden und Sünden erwiderte. Unter Vorbrängen auf die Madonna wurde der Schreier laut angefaßt. Darauf schloß der Vater im Namen der Menge ein Telegramm an Mussolini, um unter Verhinderung auf die längst erlassenen Polizeiverordnungen gegen das Nudeln auch Maßregeln gegen unmoralische Literatur zu erbitten.

Wenn man höflich ist.

Der Berliner Bühnenkünstler Eugen Wurg schildert im Berliner „Süß-Abendblatt“ in satirischer Weise seine Erfahrungen, als er die Höflichkeitsregeln der Berliner Straßenbahn eifrig befolgen wollte:

Die Direktion der Berliner Straßenbahn hat die Notwendigkeit erkannt, es sei endlich Zeit, das Berliner Publikum zu erziehen und hat für das Straßenbahn-fahrende Volk Verhaltensmaßregeln aufgestellt. Diese ebenso klüftigen wie wichtigen Gebote sind schon gedruckt und bezüglich illustriert im Innern der Wagen angebracht. Sie lauten:

- „Bleib nicht am Eingang stehen!“
- „Nimm Rücksicht auf die Ahern!“
- „Verlange unaufgefordert den Fahrtschein!“
- „Halte das Fahrgeld abgezählt bereit!“
- „Gib den Alten und Gebrechlichen!“
- „Suche stets einen Halt!“
- „Begib dich rechtzeitig zum Ausgang!“
- „Vorwärts verhalten!“
- „Galle Umschau beim Absteigen!“
- „Springe nicht ab während der Fahrt!“
- „Warte bis der Wagen hält!“
- „Rechte Hand am linken Griff!“

Als vernünftiger Mensch sah ich sofort, dies könne für mein ferneres Leben von Vorteil sei, und entschloß mich kurzerhand, diese Gebote auswendig zu lernen. Ich fuhr also so lange von einer Endstation zur andern, bis ich sie fließend vor mich her-sagen konnte. Bereits nach der sechsten Fahrt von Halensee bis zum Alexanderplatz hatte ich dies erreicht. Der Schaffner hatte mich allerdings für blödsinnig gehalten, als er mich immer so hin und her gonseln sah, aber das störte mich nicht. Wo endlich war ich das sechste mal bei der Endstation angelangt.

Nun wollte ich eine Probefahrt machen und mich genau nach den Vorschriften richten. Ich stieg aus, wartete bis der Wagen wieder gefüllt war, dann stieg ich ein. Ich blieb nicht am Eingang stehen, sondern drängte mich mit Gewalt durch, um das Innere des Wagens zu erreichen, keine Großheit der noch un-kundigen Mitfahrenden konnte mich in meinem Vorhaben hören, ich ließ mich geduldig stoßen und beschimpfen, antwortete nicht, da ich ja Rücksicht auf die andern zu nehmen habe. Vor dem Absteigen des Wagens hatte ich mein Fahrgeld bereits vor-schriftsmäßig abgezählt in die Hand genommen und verlangte nun unaufgefordert den Fahrtschein. Dies stieß allerdings auf eine kleine Schwierigkeit, da der Schaffner sich am andern Ende des Wagens befand. Mir war das aber gleichgültig, ich rief laut: „Fahrtschein, bitte!“ Als der Schaffner nicht reagierte, wiederholte ich meinen Schrei etwas stärker, worauf ein noch ungezogener Fahrgast mir den Rat gab, zu warten, bis der Schaffner zu mir käme. Ich blinnte ihn nur mitleidig an.

Nun sah ich vor mir einen alten Herrn, ich stand auf und bot ihm höflich meinen Platz an. „Reiben Sie ruhig sitzen, Sie sind auch nicht jünger als ich, außerdem verbitte ich mir solche Unhöflichkeit!“ Dies war das Ergebnis meiner Höflichkeit. Ich wollte nun wieder meinen Platz einnehmen, aber da sah bereits ein junger Burde darauf. Ich machte ihn schüchtern auf-merksam, daß dies doch mein Platz sei, worauf er mir höflich antwortete: „Ahnemann! jehi's hier nicht.“ Dieser treffliche Witz löste allgemeine Heiterkeit aus. Nun fuhr der Wagen gerade in eine Kurve und schlenderte, ich wollte mich festhalten und griff dabei einer vor mir stehenden Dame auf den beträchtlichen Busen. ... ein Aufschrei. „Herr, was erlauben Sie sich!“ Ich erklärte ihr entschuldigend, daß ich nur Halt suchte, worauf sie mir eine erhebliche Ohrfeige gab.

Da ich in dem Wagen schon ziemlich unbeliebt war, suchte ich nun rechtzeitig den Ausgang. Vorsicht, sagte ich mir, behüte ich mich, und so hielt ich erst Umschau, sprang nicht während der Fahrt ab, sondern wartete bis der Wagen hielt, legte dann die linke Hand an den linken Griff und stieg aus. Leider trat ich dabei einem Herrn auf den Fuß. Er brüllte mich an: „Herr, sind Sie denn blind!“ gab mir einen Stoß, daß ich sofort auf der Straße lag. Ich stand auf, wollte mich entschuldigen, da fuhr der Wagen ab.

Im letzten Augenblick las ich aber noch zwei Aufschriften am Wagen, welche mir, da sie außen angebracht sind, entgangen waren. Die erste lautet: „Gib's die Augen, geh zu Kuhst!“ Nach der Frage des von mir beim Aussteigen Getretenen, ob ich blind sei, hielt ich es für notwendig, diesen Rat zu befolgen, ging hin und kaufte mir eine Birne. Die zweite Aufforderung der Straßenbahndirektion aber konnte ich bisher nicht befolgen. Sie verlangt „Trage Sautana!“ Ich war bereits in diesen Spezialgeschäften, konnte aber bisher kein passendes finden.

hab die Türen spitz, hab aber nur bemerkt, daß Herr von Probstka selbst geöffnet und die Dame einlassen hat.“
„Sie haben die Stimme des Feldmarschalleutnants mit voller Bestimmtheit erkannt?“
„Ganz bestimmt. Er sprach einige begrüßende Worte in italienischer Sprache.“
„Kannten Sie die Dame?“
„Nur vom Ansehen, denn sie war am Sonntag vermittags schon mal hier gewesen.“
„Und vorher haben Sie die Dame nie gesehen?“
„Vorher niemals.“
„Wie hat denn die Dame ausgesehen?“
„Genau, Herr Oberkommissar, hab i ihr nie ins Gesicht schauen können. Bald sie durch die Haustür einströmen is, war ihr Gesicht doch immer im Schatten, und beim Treppentreten hab i sie nur von hinten beobachten können.“
„Nun, beim Verlassen der Wohnung mußte sie aber wieder am Jahre Loge vorbei?“
„Das ist es richtig, Herr Oberkommissar, aber i war zu-fällig nie da, wenn die Dame fortgegangen is.“
„Hat denn das Haus einen zweiten Ausgang?“
„Nein,“ jagte Finerio. „Aber am Sonntag früh bin i in die Kirchen gegangen, kurz nachdem die Dame kommen is, und als i zurückkam, war sie wahrlich schon wieder weg.“
„Nun, und geytern abend?“
„Ja, gestern abend,“ wiederholte Finerio höflich, „ist sie, wie i sagt, gegen sechs Uhr kommen. Bis acht Uhr bin i in meiner Loge geblieben, und dann zum Nachtstuhl aufgegangen. Am halb neun bin i wieder ab gekommen und Punkt neun hab i das Haus jugeherrt. Aber fortgehen hab i die Dame nie gesehn.“
„Wie ich aus Ihrer Aeußerung schließen, mutmaßen Sie, daß die Dame in der halben Stunde, während welcher Sie beim Gehen waren, also zwischen acht und einhalb neun Uhr das Haus verlassen hat.“
„Dawohl, Herr Oberkommissar, das muß so gewesen sein.“
„Es gibt aber auch noch andere Möglichkeiten, Herr Finerio. So kann die Dame mit einem Schlüssel, den ihr Herr von Probstka gegeben hat, später selbst ausgegerrt haben oder, was auch mög-lich ist, Herr von Probstka hat ihr nach neun Uhr selbst das Haus aufgeschlossen.“
„Dawohl, das ist auch möglich,“ gab Finerio höflich zu.
„Können Sie das Kreuzer der Frau genauer beschreiben?“
„Dawohl, so ziemlich. Sie war groß und schlank, hatte dunkelbraune Haare und eine sehr schöne Nase.“

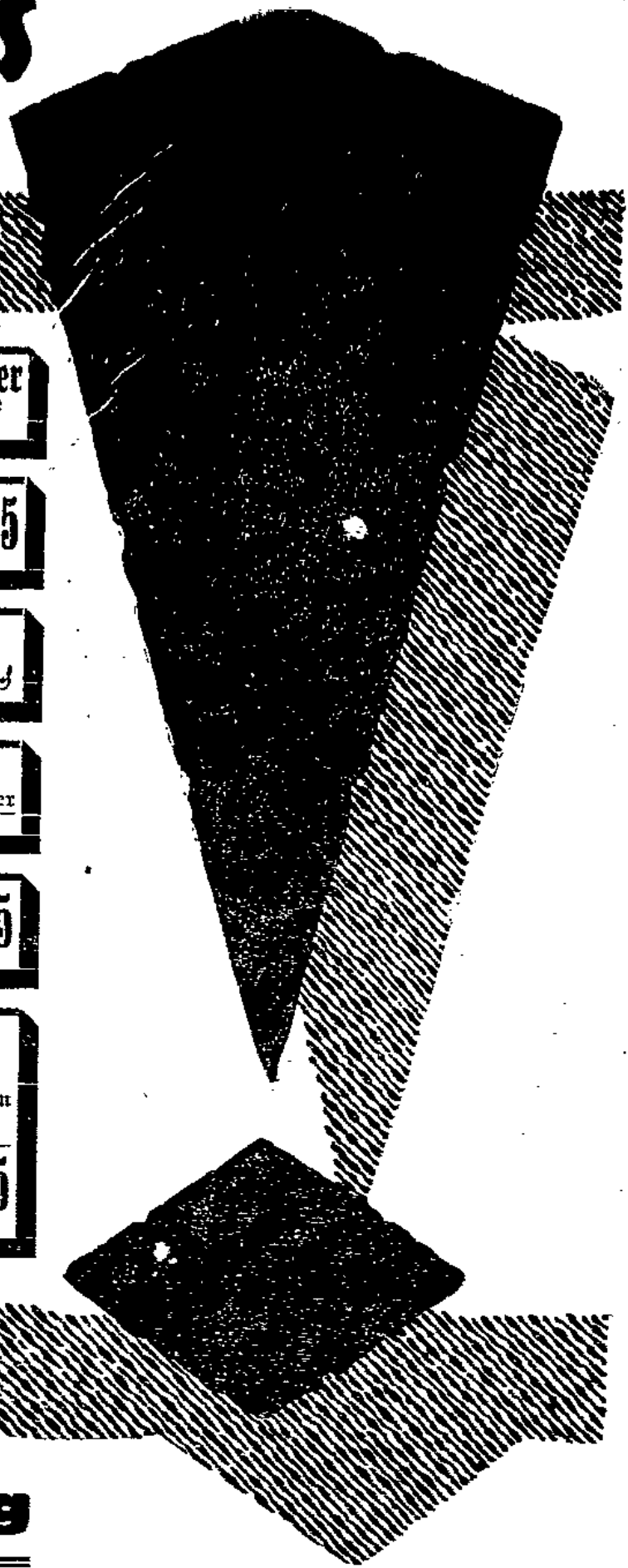
Schleier. Dabei kommt i das Gesicht mit untersuchen. Sie hat ne schlank, biegsame Figur, und war sehr, sehr schön angezogen. I halt sie für ne Italienerin.“
„Wann schliefen Sie das?“
„Rein Gott, Herr Oberkommissar. So etwas steht man doch. Re Deutsche schliefen sich anders. — Außerdem hab i ganz deutlich gehört, daß Herr von Probstka italienisch mit ihr gesprochen hat, wie er für die Vorplatztür aufsperrt hat.“
„Sie haben natürlich keine Ahnung, wer die Dame sein könnte, und was Sie bei Herrn von Probstka gewollt hat?“
Finerio schämte sich über den Vorfall, konnte aber trotz des Ernstes der Lage ein leichtes, etwas molantes Schelteln nicht ganz unterdrücken, was dem Polizeibeamten natürlich nicht entging.
„Nun, so reden Sie doch. Was soll das Schelteln bedeuten?“
„I will mir ghar haben, Herr Oberkommissar,“ erwiderte Finerio langsam. „Was die Dame beim Herrn Feldmarschall-leutnant gewollt hat, kann i beim besten Willen mit Bestimmtheit nie wissen, aber — man hat doch schließlich so seine Gedanken.“
„Ich verstehe Sie nicht. Hier müssen Sie schon deutlicher reden. Auf Häufelraten bin ich doch nicht geist.“
Finerio kratzte sich den Kopf.
„Schauen's, Herr Oberkommissar. Der Herr von Probstka war gewiß kein Jüngling mehr, er hatte schon mehr als sechzig Jahre auf dem Buckel, aber mancher hat mit siebzig Jahren noch o jüngeres Herz als ein anderer mit vierzig Jahren.“
„Aha!“ jagte Wandra. „Ich glaube zu verstehen. Sie wollen wohl zum Ausdruck bringen, daß Sie hinter dem Kopf der Frau ein molantes Abenteuer vermuten?“
„Dawohl, so etwas Ähnliches hab i wohl sog'n wollen.“
„Oh,“ machte Wandra. „Haben Sie Beweise für diese De-hauptung? Hat Herr von Probstka einen unethischen oder un-moralischen Lebenswandel geführt?“
„Aber net, Herr Oberkommissar. Das hab i natürlich grad nie sog'n wollen. Unmoralisch ist netet i sag. Er war trotz seines Alters noch ein seider Herr, immer hübsch, manch-mal noch o bisserl gigerhaft gefleidet. Doch er die Frauen noch gern gsehen hat, mag sicher sein. Aber unmoralisch? Na, das war es eh net gewesen. Rein Gott! Unmoralisch heißt ihm schließlich verheiratet sein, er ab und zu mal noch o junges, feines Model abhaken. Er war fast immer in einem schwarzen und feinem Reichen Rockenschiff kleid.“
Wandra schüttelte ernst den Kopf.

Städtische Polizei

Etwas Außergewöhnliches

zu Preisen, welche berechtigtes Aufsehen erregen!

Mengenabgabe vorbehalten!



Dreiß-Handtücher grau, gestreift . . . Meter	25	Einon starkfädig, für Bett- und Leibwäsche . . . Meter	58
Gerstenkorn-Handtücher mit roter Rante . . . Meter	32	Rüperbarchment ca. 80 cm breit, weiß, für Leibwäsche . . . Meter	68
Hohneffel 80 cm breit, starkfädige Qualität . . . Meter	36	Rein Matotuch ca. 80 cm breit, für elegante Leibwäsche . . . Meter	75
Hemdentuch gute Gebrauchqualität, ca. 80 cm breit . . . Meter	42	Einon Seebettbreite, starkfädige Qualität . . . Meter	98

Ein großer Posten Sommerkleider	Waschmuffeln, Joppe, Bolle, Waschleide	3.90 2.50 1.85
---------------------------------	--	----------------

Badetrikots für Herren und Damen, in vielen Ausführungen, 4 Größen	2.50 1.65 1.65	1.35
--	----------------	------

Badetappen rein Gummi, viele mod. Formen	1.50 1.25 85	45
--	--------------	----

Einfachgläser bestes Material, mundgeblasen, mit Gummi	1 1/2 1 1/4 1 1/2 1 1/2 Liter	78 68 58 53 48
--	-------------------------------	----------------

Ein großer Posten Herren-Sporthemden gestreift Joppe	3.05	2.45
--	------	------

Ca. 1500 Mtr. Wollmuffelne	Serie 1 2 3 4 5	1.25 1.75 1.95 2.25 2.95
moderne Druckmuster, 70 u. 80 cm breit, Meter		

Rostkissen 50x50 cm, weiß, ausgelegt Stück	95	Wachstuch-Gürtel in verschiedenen Farben	10
Bettbezüge m. 3 Rippen, guter Nähstoff	6.50	Ladleder-Rüfferchen imitiert m. Spiegel	95
Damen-Nachtthemden Schlafrockform, guter Nähstoff	2.75	Hubi- u. Sportneke in allen Farben	95
Damen-Prinzebrüde mit Einsatz und Hoßbaum	2.85	Kinder-Hudstüde mit Lederriemen	95

Ca. 6000 Mtr. Waschmuffelne	Serie 1 2 3 4 5 6	40 50 65 75 85 95
neue moderne Muster, 70 u. 80 cm breit, Meter		

Damen-Prinzebrüde	2.45	Damen-Strümpfe Baumwolle, farbig und schwarz, Doppelstühle u. Hochrie	48
Herren-Nachthemden mit Heberbügel	1.95	Damen-Strümpfe Seidenstrich, höher und höher, Doppelstühle und Hochrie	75
Einfach-Banden weiß, in verschiedenen Größen	1.75	Damen-Strümpfe Baumwolle, mit Reißverschluss und farbig, mit Doppelstühle und Hochrie	1.45
Herren-Überhemden weiß, mit 2 Knöpfen	4.50		

Ca. 2000 Meter Waschleide	Serie 1 2 3 4 5	95 1.25 1.45 1.75 1.95
Streifen u. Karos, in aparten Farbstellungen		

WITTKOWSKI Breiter Weg Nr. 61 Besichtigen Sie die Schaufenster!

Wichtige Mitteilung für die Stadt Witten.
 Die Stadt Witten hat beschlossen, die öffentlichen Plätze zu reinigen und zu verschönern. Die Bürger sind ersucht, die öffentlichen Plätze sauber zu halten und die Abfälle in die dafür bestimmten Behälter zu werfen. Die Stadtverwaltung wird die Reinigung der öffentlichen Plätze durchzuführen. Die Bürger sind ersucht, die öffentlichen Plätze sauber zu halten und die Abfälle in die dafür bestimmten Behälter zu werfen. Die Stadtverwaltung wird die Reinigung der öffentlichen Plätze durchzuführen.

KOSMOS

WLO - WLO

Die feine J & H Cigarette für den verwöhnten Raucher.

Billiger Lebensmittel-Bericht!
 Frühe Kinderleber . . . Pfund nur 90
 Frühes Kinderleber 35, bei 5 Pfd. 30
 Frühes Kinderleber 55, bei 5 Pfd. 50
 Früher Schinkenwurst 70, bei 5 Pfd. 65
 gepökelte Suppenfleisch . . . Pfund 85
 gepökelte Knochenfleisch . . . Pfund 95
 Rindfleisch, Schweinefleisch, Hammelfleisch zu bekannt billigen Preisen.
 Richard Woffe, Gr. Markt 20.

Glaubensmäßige Nachrichten.
 Magdeburg-Stadt.
 Todesfälle. 2. Juni 1928. Fern. Fischer, meine Marie, 60 J. geb. Schröder, 29 J. Erdmann, 60 J. geb. Meyer, 25 J. Hermann, 60 J. geb. Meyer.
 Magdeburg-Land.
 Todesfälle. 2. Juni 1928. Fern. Fischer, meine Marie, 60 J. geb. Schröder, 29 J. Erdmann, 60 J. geb. Meyer, 25 J. Hermann, 60 J. geb. Meyer.

Von der Reise zurück
 Dr. Wegrad
 Frauenarzt

Dankagung.
 Jungfräulein Pauline, die keine Schwangerschaft mehr hatte, wurde durch meine Behandlung glücklich wieder Mutter. Die Geburt verlief ohne Komplikationen. Die Heilung erfolgte rasch. Die Frau ist heute wieder gesund und glücklich.
 Witwe Bertha Müller
 und Tochter.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltung Magdeburg.
 Der 7. Juni 1928 unter Vorsitz des Reichsleiters Dr. Schmidt. Die Verhandlung über die Forderungen der Metallarbeiter wurde durchgeführt. Die Verhandlung verlief erfolgreich. Die Forderungen der Metallarbeiter wurden weitgehend erfüllt. Die Verhandlung wurde am 7. Juni 1928 unter Vorsitz des Reichsleiters Dr. Schmidt durchgeführt.

Witten
 1. Juni 1928.
 2. Juni 1928.
 3. Juni 1928.
 4. Juni 1928.
 5. Juni 1928.
 6. Juni 1928.
 7. Juni 1928.
 8. Juni 1928.
 9. Juni 1928.
 10. Juni 1928.

Die Delikatessen der Saison
 Feinste Maatjes 18.24
 Neue gelbfleischige Kartoffeln
 Danerwurst: Jernleinswurst, Solami, Madawurst, Bratwurst
 Erdbeeren süßlich saure Früchte, präpariert
Reinhold Protze in Witten Markt
 Tel. 1207

Bau- u. Sparverein
 Monatliche Zusammenkunft 1.
 Am 1. Juni 1928, 8 Uhr abends im Saal des Herrn Schulz.
 Tagesordnung:
 1. Mitteilung des Vorsitzenden, 2. Bericht des Kassierers, 3. Bericht des Schriftführers, 4. Verschiedenes.
Der Vorstand:
 Vorsitzender: Herr Schulz, Schriftführer: Herr Müller, Kassierer: Herr Schmidt.